

Damit unser Gießen wieder funktioniert.

Wahlprogramm der Freien Demokraten
zur Kommunalwahl am 15. März 2026 in Gießen.

Inhaltsübersicht

Wahlaufruf.....	7
Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für.....	8
das Stadtparlament	8
den Ortsbeirat Kleinlinden.....	8
den Ortsbeirat Wieseck	8
den Ortsbeirat Allendorf.....	8
den Ortsbeirat Lützellinden	8
Stadtgestaltung und Stadtentwicklung.....	9
Attraktive und sichere Innenstadt	9
Business Improvement Districts (BIDs)	9
Saubere und gepflegte Stadt	10
Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz	10
Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen	10
Kongresshotel	11
Messe GmbH.....	11
Public Private Partnership (PPP)	11
Digitalisierung	11
Haushalt und Finanzen	12
Grundsteuer B.....	12
Gewerbesteuer	13
Erhöhung des Anteils der Abführung von Gewinnen der Sparkasse an den städtischen Haushalt ..	13
Rückgabe der örtlichen Trägerschaft der gesetzlichen Jugendhilfe an den Landkreis Gießen.....	13
Keine ideologische Kreisfreiheitsdebatte	13
Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung.....	14
Feuerwehren – Wertschätzung durch Unterstützung	14
Sicherheitspolitik: Evidenzbasiert und mit Augenmaß	15
Städtischer Präventionsrat	15
Videoüberwachung im öffentlichen Raum	16
Vermüllung öffentlicher Anlagen.....	16
Verunreinigungen durch Taubenkot.....	17
Rattenplage konsequent bekämpfen	17
Freiwilliger Polizeidienst	17

Brennpunkt Marktplatz / Kirchenplatz	17
Sicherheit in der Dunkelheit	18
Häusliche Gewalt Frauenhäuser	19
Suchthilfe	19
Innenstadt & Einzelhandel	19
Verkaufsoffene Sonntage	19
Erreichbarkeit und Parksituation verbessern	20
Gezielte Ansiedlung von attraktiven Geschäften bei Leerstand	20
Neustrukturierung des Stadtmarketings	20
Wirtschaft & Gründer.....	20
Wirtschaftsförderung – Metropolregion Mittelhessen	21
Verkehrliche Anbindung von Betrieben.....	21
Gewerbesteuerfreies Jahr für Gründer.....	21
Digitalisierung und Breitbandversorgung	21
Kooperation mit dem Gründerzentrum.....	22
Kultur.....	22
Jugendkultur	23
Club- und Nachtkultur stärken – für ein freies und modernes Stadtleben.....	23
Verhältnismäßigkeit bei angeblichen Ruhestörungen	23
Legale Open-Air-Zonen schaffen	24
Einführung einer „48-Stunden-Genehmigung“ für Kleinstveranstaltungen	24
Weihnachtsmarkt	24
Schlammbeisers Lahnlust	24
Stadttheater.....	24
Kulturgewerbehof.....	24
Museum für Gießen (MfG) / ehem. Oberhessisches Museum	25
Naturwissenschaftliche Museumskette.....	25
Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe“	25
Bildhauersymposion	25
Gießener Kulturnacht	26
Veranstaltungsort Schiffenberg	26
Unterstützung kulturschaffender Vereine	26
Liebig-Stipendien	26
Meisterkonzerte und Basilikakonzerte	27
Wilhelm-Gail-Plakette.....	27
„Gießen historisch“	27

Grabdenkmäler auf dem Alten und Neuen Friedhof	27
„Pavillon“ auf dem Alten Friedhof	27
Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar	27
Städtepartnerschaften.....	28
Verkehr & Mobilität	28
ÖPNV.....	28
Motorisierter Individualverkehr / Autoverkehr.....	29
Radverkehr.....	31
Wirtschaftsverkehr	31
Bahnverkehr und Lärmschutz	32
Fußgänger	32
Verbesserte Zugänge zu Kinderspielflächen, Kindergärten und Schulen	32
Baustellenmanagement: Gezielte Verkehrsbehinderungen.....	33
Moderner Wohnmobilstellplatz	33
Abriss des Elefantenklos	33
Schule und Bildung.....	34
Gießener Schulstruktur	34
Erhalt der Stadtteilschulen.....	35
Grundschulen	35
Mittelstufen	35
Oberstufen.....	35
Berufliche Schulen	35
Inklusive Schulen / Förderschulen	36
Ganztagsschule nach Maß.....	36
Privatschulen.....	36
Flexible und offene Schulbauten	36
Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen	37
Drogen- und Gewaltprävention an Schulen	37
Schulentwicklungsplanung	37
EDV-Ausstattung.....	38
Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung.....	38
Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen.....	38
Volkshochschule.....	38
Hochschulen.....	39
Rathaus 2.0 – digital, schlank & effizient	39
E-Government.....	40

Online-Terminbuchung & Videoberatung	40
Internetauftritt der Stadt Gießen	41
Privatisierung öffentlicher Aufgaben	41
Bürger- und Jugendbeteiligung.....	41
Livestream der Stadtverordnetenversammlung.....	42
Bürgerbeteiligung 2.0 – Barrierefrei und digital	42
Ein Update für die Gießen App – „Rathaus To-Go“	42
Kinder- und Jugendparlament – „Mehr Demokratie wagen!“	43
Planspiel „Politik hautnah“	43
Sport	44
Sportanlagen.....	44
Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden müssen erhalten und attraktiver werden	44
Schulsporthallen zügig sanieren und ausbauen.....	45
Täglichen Sportunterricht an Grundschulen ermöglichen.....	45
Sportentwicklungsplanung	45
Sporthistorische Stadtroute Gießen	45
Private Sport-Events unterstützen.....	46
Spitzensport.....	46
Jugendaustausch.....	46
Werbemöglichkeiten für Sportvereine	46
Senioren.....	46
Altenhilfeplanung	47
Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen	47
Bildungsangebote für Senioren	47
Wohnen für Senioren	48
Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen.....	48
Seniorenport	48
Integration, Inklusion, Familie und Soziales	48
Gebührenfreies Kindergartenjahr.....	49
Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung.....	49
Jugend- und Schulsozialarbeit	49
Kinder- und Jugendspielplätze.....	50
Verbandliche Jugendarbeit	50
Jugendpflege und Ferienpass	50
Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich.....	50
Leon-Hilfe-Inseln.....	51

Jugendwerkstatt e.V.	51
Familienförderung	51
Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen.....	52
Integration	52
Umweltschutz, Klimaschutz und Energie	53
Schonung von Ressourcen	53
Förderung von Privatinitiativen	53
Pflege der Grünanlagen	53
Naherholungsgebiete	54
Abfallwirtschaft.....	54
Müllgebühren	54
Zukunft des Stadtreinigungs- und Fuhramts.....	54
Dachbegrünung	54
Tierschutz.....	54
Unterstützung des Tierheims.....	54
Bekämpfung invasiver Arten.....	55
Kastrationspflicht für Freigängerkatzen.....	55
Bauen & Wohnen	56
Sozialer Wohnungsbau	56
Bereitstellen von Wohnraum.....	56
Deregulierung von Bebauungsplänen und Bauanträgen	56
Wohnen und Arbeiten	57
Kommunales Bauen	57
Kontakt	58

Wahlaufruf

Liebe Gießenerinnen und Gießener,

immer mehr Menschen haben zunehmend das Gefühl, dass unsere Stadt nicht mehr funktioniert. Rechtswidriger Verkehrsversuch mit Millionenschaden für Wirtschaft und Steuerzahler, fragwürdiger Kita-Leerstand für 27.000 EUR im Monat, Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister, Verkehrschaos, undurchsichtige Jahresabschlüsse, steigendes Unsicherheitsgefühl, desolate Haushaltslage und so weiter. Die Liste



könnte lang fortgeführt werden. Während wir Bürgerinnen und Bürger immer mehr Steuern und Abgaben zahlen müssen, erfüllt die Stadt ihre Kernaufgaben nicht mehr. Stattdessen werden ideologische Prestigeobjekte verfolgt und Debatten geführt, die an der Lebensrealität der meisten Menschen vorbeigehen.

Das ist das Ergebnis von 20 Jahren Regierungszeit von Grünen bzw. 15 Jahren von SPD mit zwischenzeitlicher Unterstützung der CDU. Wir sind davon überzeugt, dass Gießen den politischen Wechsel dringend braucht. Als Freie Demokraten ist für uns klar: Wir brauchen Vernunft statt Ideologie. Beste Schulen für beste Bildung. Eine starke lokale Wirtschaft, die die sozialen Leistungen in der Stadt erst finanzierbar macht. Eine digitalisierte und dadurch effektivere Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, alle Behördengänge von Zuhause aus zu erledigen. Vielfältige kulturelle Angebote für alle Altersgruppen. Eine solide Finanzpolitik, die den Haushalt wieder in Ordnung bringt, damit die Stadt handlungsfähig bleibt. Eine echte Sportförderung für alle Gießener Vereine. Eine ideologiefreie Verkehrs- und Mobilitätspolitik, die die Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielt, sondern mit klugen Konzepten verbindet.

Dies alles und mehr ist starken Freien Demokraten möglich. Wir sind davon überzeugt, hierfür die besten Konzepte anbieten zu können und möchten diese in der nächsten Legislaturperiode umsetzen. In unserem Team vereinen wir langjährige kommunalpolitische Erfahrung mit jungem Denken und vielfältigen fachlichen Kompetenzen.

Daher werben wir um Ihr Vertrauen. Für starke Freie Demokraten in unserer Stadt. Für neues Denken. Für einen echten Unterschied in Gießen.

Sie haben Fragen oder ein Ihnen wichtiges Thema erscheint nicht in unserem Wahlprogramm? Schreiben Sie uns an stadtverband@fdp-giessen.de und wir teilen Ihnen umgehend unsere Position dazu mit.

Unterstützen Sie die Freien Demokraten und damit unser Team am 15. März 2026 im Wahllokal oder bereits zuvor per Briefwahl mit einem Listekreuz für die Freie Demokratische Partei (FDP).

Wir zählen auf Sie!

Ihr

Dominik Erb

Vorsitzender des FDP Stadtverbands Gießen
Spitzenkandidat zur Kommunalwahl

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Stadtparlament



Dominik Erb
Listenplatz 1

Batuhan Yavuz
Listenplatz 6

Sigmar Petrick
Listenplatz 11

Jerome Hahn
Listenplatz 16

Dr. Gerold Kutscher
Listenplatz 21

Dr. Christopher Rock
Listenplatz 26

Dr. Christian Friedrich
Listenplatz 31

Klaus Ellermeier
Listenplatz 36

Markus Heffler
Listenplatz 41

Björn Steinbach
Listenplatz 46

Finn-Louis Naundorf
Listenplatz 51



Manuela Giorgis
Listenplatz 2

Dow Aviv
Listenplatz 7

Frank Schulze
Listenplatz 12

Alexander Hombach
Listenplatz 17

Dr. Richard Göttlich
Listenplatz 22

Annette Greilich
Listenplatz 27

Kürsat Zagli
Listenplatz 32

Jens Hammel
Listenplatz 37

Nick Robin Rinne
Listenplatz 42

Daniel Profit
Listenplatz 47

Sunguralp Eren Yavuz
Listenplatz 52



Dr. Klaus Dieter Greilich
Listenplatz 3

Luca Sesterhenn
Listenplatz 8

Sandra Heidenreich
Listenplatz 13

Hannelore Ellermeier
Listenplatz 18

Ilija Scherer
Listenplatz 23

Oliver Egginger
Listenplatz 28

Dr. Christian Kaiser
Listenplatz 33

Joscha Knolle
Listenplatz 38

Tim Marlon Kreiling
Listenplatz 43

Alexander Meyer
Listenplatz 48

Wolfgang Greilich
Listenplatz 53



Leonie Schikora
Listenplatz 4

Hans-Jürgen Turba
Listenplatz 9

Ramin Ladouz
Listenplatz 14

Tom Keoma Schwarz
Listenplatz 19

Dr. Ulrich Hevelke
Listenplatz 24

Tim Schneider
Listenplatz 29

Dieter Krause
Listenplatz 34

Julian Groll
Listenplatz 39

Robbin Bernbeck
Listenplatz 44

Pascal Schramm
Listenplatz 49

Dr. Reinhard Kaufmann
Listenplatz 54



Jörg Schleher
Listenplatz 5

Ingrid Hubing
Listenplatz 10

Angelika Gering
Listenplatz 15

Dr. Jan-Thomas Löwe
Listenplatz 20

Magdalena Aviv-Hesse
Listenplatz 25

Benedikt Fago
Listenplatz 30

Dr. Herbert Kaufmann
Listenplatz 35

Louis Eckerkunst
Listenplatz 40

Arian Papey
Listenplatz 45

Maximilian Michel
Listenplatz 50

den Ortsbeirat Kleinlinden

Dr. Klaus Dieter Greilich, Angelika Gering, Ingrid Huber, Hans-Jürgen Turba, Annette Greilich, Hannelore Ellermeier, Dr. Christopher Rock & Tim Schneider.

den Ortsbeirat Wieseck

Jörg Schleher, Frank Schulze, Rami Ladouz, Batuhan Yavuz, Alexander Hombach & Sunguralp Yavuz.

den Ortsbeirat Allendorf

Kürsat Zagli, Collin Guthardt, Dr. Peter Baldauf & Dr. Gerold Kutscher.

den Ortsbeirat Lützellinden

Dow Aviv, Maximilian Michel & Magdalena Aviv-Hesse.

Stadtgestaltung und Stadtentwicklung

Gießen hat mit seiner reizvollen Umgebung, seiner guten Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, seinen Hochschulen, seinem attraktiven Einzelhandel und nicht zuletzt mit dem vielfältigen Angebot in Sport und Kultur gute Voraussetzungen als Oberzentrum der Region. In unserer Regierungsverantwortung wurde eine Vielzahl neuer Baugebiete erschlossen, darunter vorrangig solche mit Einfamilienhäusern wie Schlangenzahl oder Marburger Straße West. Innerstädtische Baulücken wie z.B. die Südanlage 10 konnten geschlossen werden. Das kontinuierliche Wachstum Gießens erfordert neuen Wohnraum, der aber harmonisch in das Stadtbild eingefügt muss.

Attraktive und sichere Innenstadt

Wir Freien Demokraten haben in den vergangenen Wahlperioden immer wieder dafür gekämpft, dass Gießen seine Vorrangstellung als Einkaufsstadt nicht weiter an Wetzlar oder Marburg verliert und für Besucher und Bewohner wieder attraktiv wird. Im Neuenweg und in den BID-Quartieren hat der Handel gezeigt, wie er seinerseits zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften beitragen kann. Dabei muss die Stadt zukünftig den Handel wieder **aktiv unterstützen**. Insbesondere muss vor dem Hintergrund des zunehmenden Online-Handels dafür gesorgt werden, dass unsere Innenstadt lebendiger wird.

Durch **gezielte Ansiedlung eines vielfältigen Angebots** seitens des Handels als auch durch entsprechende **bauliche und gestalterische Maßnahmen** seitens der Stadt ist dafür zu sorgen, dass die Innenstadt wieder ein attraktiver und sicherer Aufenthaltsort wird. Der nicht nur zum Einkaufen, sondern auch zum Flanieren oder zur Freizeitgestaltung einlädt: **das Einkaufen muss verstärkt zum Event werden, damit der lokale Einzelhandel neben den Online-Anbietern fortbestehen kann**. Wir Freien Demokraten stehen hierbei an der Seite der BIDs und des Handels, um eine attraktive und sichere Innenstadt für alle Bewohner und Besucher Gießens zu gewährleisten.

Für uns ist eine **moderne und urbane Gestaltung** Gießens ebenso wichtig wie die **Erhaltung historischer Stadtstrukturen**. Den Bedürfnissen nach ausreichender Versorgung mit **Wohn- und Gewerbeflächen** muss ebenso Rechnung getragen werden, wie dem Wunsch nach einem **sauberen Stadtbild** und dem **Schutz der natürlichen Umgebung**.

Business Improvement Districts (BIDs)

In bemerkenswerter Weise hat der Einzelhandel der Stadt Gießen auf die Herausforderungen der Zeit reagiert und bewiesen, dass er in der Lage ist, sich zukunftsorientiert auszurichten. Als geeignetes Instrument der Zukunftssicherung des innerstädtischen Handels hat sich die Bildung von Business Improvement Districts (BIDs) bewährt. Dieses Modell ist mittlerweile auch für Geschäftsleute aus London und anderen europäischen Städten interessant. Die Stadt Gießen muss die Arbeit der **BIDs weiter unterstützen**.

Saubere und gepflegte Stadt

Wir stehen für die kontinuierliche **Pflege und Kontrolle** der städtischen Grünflächen. In diesem Zusammenhang begrüßen und anerkennen wir jedes private Engagement zur Verbesserung des Gießener Stadtbildes. Dennoch darf sich die Stadt beim Thema Sauberkeit nicht aus der Verantwortung stehlen. So sind u.a. in den Bereichen des Stadtparks Wieseckau und der Lahnwiesen zusätzliche Mülleimer aufzustellen oder die vorhandenen durch solche mit größerem Fassungsvermögen auszutauschen. Darüber hinaus ist in den Sommermonaten die Leerungsfrequenz zu erhöhen, um ein Überquellen des Mülls zu vermeiden. Ferner sind die Flächen zwischen Stadtgebiet und benachbarten Kommunen sauber zu halten. So ist beispielsweise der Radweg von Gießen zum Dutenhofener See stark vermüllt, worunter Pflanzen und Tiere sowie das Erscheinungsbild leiden. Hier ist dringend die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen zu verstärken, um die bestehende Vermüllung zu beseitigen und zukünftiger entgegenzuwirken.

Weiteres zu den Themen Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung finden Sie im entsprechenden Kapitel.

Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz

Kirchenplatz und Lindenplatz sind angemessen zu pflegen und sicherer zu gestalten. Der vor einigen Jahren umgebaute Kirchenplatz ist leider nicht sonderlich einladend. Auch das Wasserspiel im Schatten des Kirchturms schafft es nicht wirklich, das Ambiente des Platzes aufzulockern. Aus Sicht der Freien Demokraten müssen daher zusätzliche Grünanlagen entstehen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Eine weitere Gestaltungsmöglichkeit wäre die **Erhöhung der Grundmauermarkierungen** der ehemaligen Kirche zu Sitzgelegenheiten. Dadurch können der Platz selbst und seine Randbereiche zu einer wirklichen Stätte der Begegnung für die Menschen werden.

Der Brandplatz ist wesentlicher Teil der Erschließungsinfrastruktur für die Innenstadt. Daher müssen die dort vorhandenen Parkplätze auch im Hinblick auf die dort angesiedelten Ärzte und Gewerbetreibenden außerhalb der Wochenmarktzeiten erhalten bleiben. Grundsätzlich positiv stehen die Freien Demokraten der Vorstellung gegenüber, unter dem Brandplatz eine **Tiefgarage** zu errichten, sodass der Brandplatz selbst **autofrei** werden kann. Die Machbarkeit einer solchen Maßnahme ist durch ein neues Gutachten zu prüfen, insbesondere unter Berücksichtigung der möglichen Auswirkungen auf den Botanischen Garten.

Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen

Wir Freien Demokraten sprechen uns für eine Öffnung des Theaterparks an der Südanlage, über den „Tag der offenen Tür“ des Stadttheaters und die „Nachtanzdemo“ hinaus, für (in Art und Umfang des Publikumsverkehrs) geeignete **kulturelle Veranstaltungen** aus. Es könnte auch der **Weihnachtsmarkt** durch eine Verlagerung in den Theaterpark deutlich an Aufenthaltsqualität und Atmosphäre gewinnen und seiner Zerstreuung über den gesamten Seltersweg entgegengewirkt werden.

Kongresshotel

Gießen fehlt ein modernes Kongresszentrum, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse von Universität, Universitätsklinikum und Technischer Hochschule Mittelhessen. Um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Gießen zu profilieren und um zu verhindern, dass nationale und internationale Kongresse und Tagungen aus Gießen abwandern oder gar nicht nach Gießen kommen, muss sich die Stadt auch weiterhin mit Nachdruck um einen Investor für den Bau eines Kongresszentrums bemühen, das den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Messe GmbH

Gießen als Stadt mit oberzentraler Funktion muss Messestandort bleiben. Wir unterstützen einen Ausbau des Messestandortes durch die Messe Gießen GmbH. Die Stadt soll darauf hinwirken, dass die Messe Gießen GmbH sich bei Ihrer Vermietungspraxis auch an den Interessen der Stadt Gießen orientiert. Veranstaltungen, die das Ansehen Giessens gefährden und dem Wirtschaftsstandort schaden, dürfen nicht in den Hessenhallen stattfinden.

Public Private Partnership (PPP)

Für zukünftige Infrastrukturprojekte streben wir bevorzugt Lösungen durch Public Private Partnership (öffentlich-private Partnerschaften) an. Hierunter sind Kooperationen von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft zu verstehen beim Entwerfen, bei der Planung, Erstellung und Finanzierung, beim Management und Betreiben sowie dem Verwerten von zuvor allein in staatlicher Verantwortung erbrachten öffentlichen Leistungen. Dadurch können Kosten gespart und kann verstärkt auf externes Know-how zurückgegriffen werden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist für uns Freie Demokraten einer der zentralsten Bereiche unseres politischen Handelns, da sie unser Zusammenleben in den letzten Jahren bereits massiv verändert hat und in Zukunft noch weiter verändern wird. Als optimistische und zukunftsorientierte Partei sehen wir in der Digitalisierung primär Chancen, die jedoch durch kluges politisches Handeln ergriffen werden müssen. Dabei lässt sich die Digitalisierung **nicht auf ein politisches Themenfeld beschränken**, sondern greift in so gut wie jeden Bereich ein. Überall eröffnen sich neue Chancen, aber auch Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. In jedem Fall müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden.

Leider ist in den vergangenen Jahren die Entwicklung in Gießen viel zu zögerlich vorangegangen, sodass die Stadt in vielen Bereichen buchstäblich den Anschluss verloren hat. Schon die Grundlage der Digitalisierung in Gestalt einer modernen **Infrastruktur** ist nach wie vor nicht flächendeckend gegeben. Noch immer sind nicht alle Haushalte an das **Glasfasernetz** angebunden. Insbesondere in den Stadtteilen Allendorf, Rödgen, Kleinlinden und Lützellinden sind etliche Haushalte weiterhin abgehängt. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Wir Freien Demokraten setzen uns daher gerade bei der Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur für ein Umschalten in den **Turbogang** ein, um in der kommenden Legislaturperiode die Versäumnisse der letzten Jahre aufholen zu können.

Um die Chancen der Digitalisierung ergreifen zu können, bedarf es allerdings mehr als nur der Infrastruktur. In allen Bereichen müssen vorhandene analoge Prozesse effizient digitalisiert werden, denn es genügt nicht, vorhandene schlechte Abläufe lediglich 1:1 zu digitalisieren.

Da wir als Freie Demokraten die Digitalisierung insgesamt als ein themenübergreifendes Aufgabenfeld verstehen, finden Sie in unserem Wahlprogramm Digitalisierungsvorschläge bei fast allen Themenbereichen.

Haushalt und Finanzen

Die Auswirkungen von Inflation, Wirtschaftsflaute und die Folgen von aufgrund des Zensus des Statistischen Landesamtes wegbrechenden Zuweisungen des Landes bei gleichzeitiger anhaltender Kostenexplosion (insbesondere im Jugendhilfebereich) auf die Stadt erfordern zwingend eine Neuordnung von Haushalt und Finanzen.

Die von der Koalition aus Grünen, SPD und Linken betriebene **expansive Stellenausweitung** mit ihren Folgekosten, auch durch notwendige Anmietung von Büroflächen, muss **dringend gestoppt werden**. Jede Stellenneubesetzung muss daher strengstens auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Hierzu gehört auch, seit Jahren unbesetzte und unnötige Stellen aus dem Stellenplan zu streichen, um entsprechende Haushaltsmittel freizusetzen.

Die Politik zur **Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen** muss konsequenter als bisher betrieben werden, um zusätzliche Einnahmen zu generieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Baugebiete insbesondere für junge Familien müssen ausgewiesen werden, um indirekt das Aufkommen am Einkommensteueranteil zu erhöhen.

Über eine **Senkung der Hebesätze der Gewerbesteuer** kann der Wirtschaftsstandort Gießen zusätzlich für Neuansiedlungen attraktiv werden. Darüber hinaus werden die Gießener Unternehmen durch eine rasche Senkung der Gewerbesteuer in die Lage versetzt, ihren Betrieb zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und in die Zukunftsfähigkeit zu investieren. Im Vergleich zu den anderen hessischen Sonderstatusstädten liegen die Hebesätze in Gießen deutlich über dem Durchschnitt, sodass für Unternehmen Ansiedlungen in Gießen zurzeit unattraktiv sind.

Bei aller Notwendigkeit von Sparmaßnahmen dürfen jedoch **Zukunftsinvestitionen** - etwa in **Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen** - sowie der Ausbau der **Digitalisierung** in Verwaltung und Schulen nicht unterlassen werden.

Grundsteuer B

Wir wollen, dass der im Zuge der Reform der Grundsteuer auf 626 v.H. angepasste **Hebesatz nicht weiter angehoben wird**. Die durch die Reform und Anpassung des Hebesatzes erreichte leichte Entlastung wird nicht nur den Grundstückseigentümern, sondern insbesondere auch den Mieterinnen und Mietern spürbar zugutekommen.

Gewerbesteuer

Wir Freien Demokraten fordern auf allen Ebenen eine Reform der Gewerbesteuer, da sie derzeit den Kommunen keine Planungssicherheit bietet. In Gießen setzen wir uns dafür ein, kurzfristig die Hebesätze für die Gewerbesteuer **um ca. 10% auf 380 v.H. zu senken**. Dadurch werden die heimischen Unternehmen kurzfristig um **mehr als 4 Millionen Euro** im Jahr **entlastet**. Zusätzlich werden mehr Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Mittelfristig können dadurch Unternehmen am Standort Gießen gehalten und langfristig nach Überwindung der aktuellen Krise die Einnahmen der Kommune erhöht werden.

Erhöhung des Anteils der Abführung von Gewinnen der Sparkasse an den städtischen Haushalt

Die aktuelle Abführung von Gewinnen der Sparkasse Gießen an die Stadt ist stark unterdurchschnittlich. Statt einer zunehmenden Erhöhung des Eigenkapitals über den gesetzlich vorgegebenen Rahmen hinaus, soll der an die Stadt abzuführende Betrag **deutlich gesteigert** werden. Die hieraus entstehenden **Mehreinnahmen** können unter anderem für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen verwendet werden.

Rückgabe der örtlichen Trägerschaft der gesetzlichen Jugendhilfe an den Landkreis Gießen

Die Universitätsstadt Gießen ist seit Jahren durch die exponentiell ansteigenden Kosten im Bereich der Jugendhilfe nach §§ 13, 19, 20, 27 – 35a SGB VIII völlig überfordert. Diese Leistungen haben den Haushalt der Stadt Gießen im Jahr 2025 mit ca. 20 Mio. € belastet. In Anbetracht der wegbrechenden Einnahmen muss an dieser Stelle jetzt zur Konsolidierung des städtischen Haushalts endlich gehandelt werden. Wir Freien Demokraten wollen deshalb, dass die Stadt Gießen beim Land Hessen beantragt, diese Leistungen an den Landkreis Gießen als dem eigentlich zuständigen Träger der Jugendhilfe zurück zu übertragen. Hierdurch können nicht nur Steuererhöhungen vermieden, sondern auch Verbesserungen in der Förderung von Bildung, Sport und Kultur erreicht werden.

Keine ideologische Kreisfreiheitsdebatte

Statt einer ideologisch aufgeladenen Kreisfreiheitsdebatte, die sich im Wesentlichen auf rein emotionale Argumente beschränkt, fordern wir Freien Demokraten eine rationale Analyse der aus einer Kreisfreiheit für die Universitätsstadt Gießen entstehenden Vor- und Nachteile. Dabei gilt es insbesondere die finanziellen Auswirkungen sowie die möglichen negativen Konsequenzen für die Beziehungen zu den benachbarten Gebietskörperschaften und die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen.

Eine Aufblähung der Verwaltung muss vermieden werden. Stattdessen sollte angestrebt werden, Synergieeffekte auf Verwaltungsebene zu nutzen und Zusammenschlüsse zu prüfen.

Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung

Feuerwehren – Wertschätzung durch Unterstützung

Sowohl die Berufsfeuerwehr als auch unsere Freiwilligen Feuerwehren leisten eine hervorragende Arbeit. Das stellen die Feuerwehrleute bei jeder Übung und jedem Einsatz, aber auch darüber hinaus stetig unter Beweis. Die hohe Zahl an Ehrenamtlichen und auch die guten Ergebnisse in der Jugendarbeit sind nur einige Indikatoren hierfür. Als **wesentlicher Garant für die Sicherheit** der Gießener verdienen die Angehörigen der Feuerwehren unser aller **Respekt und Wertschätzung**. Dies muss aber auch **über bloße Bekundungen hinausgehen** und sich in konkretem städtischem Handeln spiegeln.

Respekt und Wertschätzung müssen sich vor allem darin ausdrücken, dass die Stadt als Träger der Feuerwehren den dort Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten **moderne und vor allem unbeschädigte Ausrüstung** zur Verfügung stellt. In den vergangenen Jahren unterblieben viele notwendige Investitionen insbesondere im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, während für andere Bereiche Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Dies traf zu Recht auf Unverständnis bei vielen der Ehrenamtlichen. In den kommenden Jahren muss daher mit hoher Priorität der dort entstandene **Investitionsstau aufgelöst** werden.

Neben der **Beendigung der Mangelverwaltung** müssen aber auch Prozesse insbesondere im Bereich der **Beschaffung neu gedacht, entbürokratisiert und dadurch spürbar beschleunigt** werden. Wenn teils 18 Monate auf ein notwendiges technisches Gerät gewartet werden muss, nährt dies Frustration und Unverständnis. Darüber hinaus können zu lang dauernde Beschaffungsprozesse auch die Arbeit der Feuerwehrleute behindern. Dies muss in jedem Fall verhindert werden.

Wir Freien Demokraten begrüßen ausdrücklich, dass als zusätzliches Zeichen der Anerkennung den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren ein Anspruch auf Zahlung einer **Aufwandsentschädigung** zusteht. Die Höhe der Entschädigung muss unter Inflationsgesichtspunkten regelmäßig überprüft und nach Bedarf erhöht werden. Dabei ist zudem die freiwillige Möglichkeit zu schaffen, auf die Auszahlung der Aufwandsentschädigung zu verzichten und den Betrag der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr als Spende für zusätzliche Anschaffungen oder die Arbeit vor Ort zugutekommen zu lassen.

Rettungs- und Sicherheitskräfte werden im Einsatz zunehmend **Opfer von Straftaten**. Dies ist als direkter Angriff auf unsere Zivilgesellschaft nicht akzeptabel. Neben entsprechenden Schulungen ist daher darauf hinzuwirken, dass jeder Angriff gemeldet und, soweit der Anfangsverdacht einer Straftat besteht, auch angezeigt wird.

Leider kommen Feuerwehrleute überdurchschnittlich oft in nicht nur körperlich, sondern auch psychisch zum Teil stark belastende Situationen. Für diese Fälle ist sicherzustellen, dass sie von der jeweiligen Wehrführung frühzeitig erkannt werden und in solchen (Verdachts-)Fällen eine **professionelle Unterstützung** zur Regel wird.

Die Planung eines neuen **Gerätehauses** für die **Freiwillige Feuerwehr in Kleinlinden** muss zügig fortgeführt und im Anschluss der Bau umgesetzt werden.

An der Stelle des derzeitigen Vereinsheims der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Mitte soll zudem **Wohnraum** im Umfang von 3 bis 5 Wohneinheiten geschaffen werden. Der kann insbesondere für Feuerwehrangehörige attraktiv sein und sollte diesen auch bevorzugt und vergleichsweise günstig angeboten werden. Dadurch könnte zugleich Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen und zudem ein Anreiz sowie eine zusätzliche Wertschätzung für diese Art des ehrenamtlichen Engagements geschaffen werden. Daneben ist eine solche Mischnutzung, die eine Belebung des Areals zu unterschiedlichen Tageszeiten zur Folge hätte, auch aus kriminalpräventiver Sicht sinnvoll.

Sicherheitspolitik: Evidenzbasiert und mit Augenmaß

Ein wesentliches Merkmal hoher Lebensqualität einer Stadt ist, dass sich ihre Bürgerinnen und Bürger **sicher fühlen und es auch tatsächlich sind**. Es ist festzustellen, dass sich die Menschen in Gießen zunehmend unsicher fühlen. Es ist inakzeptabel, wenn dies durch politische Akteure relativiert wird. Vielmehr bedarf es konkreter Handlungen, um die Sicherheit in Gießen deutlich zu erhöhen.

Bei allen ordnungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen hat es für uns Freie Demokraten oberste Priorität, dass sie auf der Grundlage **aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse** ergriffen und von Zeit zu Zeit **evaluiert** werden, sind doch viele von ihnen Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte. Daher kommt dem Staat und damit auch der Stadt Gießen als lokalem Akteur die Verantwortung zu, stets nur verhältnismäßige Maßnahmen zu ergreifen und diese auf ihre Eignung hin zu überprüfen. Hierzu streben wir eine enge Zusammenarbeit mit den Experten unserer Hochschulen an, um eine unabhängige Evaluation sicherzustellen.

Städtischer Präventionsrat

Kriminalprävention vor Ort kann nur gelingen, wenn alle relevanten Akteure in ständigem Austausch miteinander stehen und Konzepte gemeinsam entwickeln und umsetzen. Es gibt bereits einen sog. Präventionsrat von Stadt und Landkreis, dessen Potenzial allerdings in der Vergangenheit bei Weitem nicht ausgeschöpft wurde. Vielmehr hat sich dieses Gremium als träge und ineffektiv erwiesen, bei „überschaubarer“ Erfolgsbilanz. Daher fordern wir insbesondere vor dem Hintergrund, dass die städtischen Problemlagen überwiegend auch in städtischer Zuständigkeit liegen, einen **eigenen, ergänzenden städtischen Präventionsrat**.

Dieser soll mindestens einmal pro Quartal tagen, anlassbezogen auch öfter. Er soll besetzt sein mit den kommunalen Verantwortungsträgern, den zuständigen Amtsleitern, der Polizei, der Justiz sowie den Leiterinnen und Leitern der städtischen Schulen und weiteren relevanten Akteuren. Je nach Anlass sollen Experten aus der Wissenschaft hinzugezogen werden.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Videoüberwachung **an Kriminalitätsschwerpunkten** kann die Repression in Gestalt der Strafverfolgung deutlich erleichtern und bei bestimmten Arten von Delikten auch einen präventiven Effekt erzielen. Zwar stehen wir einer Videoüberwachung **grundsätzlich kritisch** gegenüber, da sie in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift und ihr präventiver Mehrwert sehr gering ist. Allerdings befürworten wir eine **auf solche Kriminalitätsschwerpunkte begrenzte Videoüberwachung**, soweit es hierfür aus der Forschung entsprechende **Evidenzen** gibt, die eine Verbesserung der Situation erwarten lassen. Dies gilt beispielsweise für die Standorte Bahnhof, Marktplatz, Kirchenplatz, Lindenplatz, Sachsenhäuser Brücke und Unterführung Sieboldstraße.

Vermüllung öffentlicher Anlagen

Vor allem in der Sommerzeit konnte man in den letzten Jahren eine zunehmende Vermüllung öffentlicher Plätze und Anlagen – wie beispielsweise an den Lahnwiesen und am Schwanenteich, aber auch in der Innenstadt – beobachten. Diese war neben dem inakzeptablen Verhalten Einzelner auch darauf zurückzuführen, dass es vor Ort entweder an Mülleimern mangelte oder diese regelmäßig überfüllt waren und zu selten geleert wurden. Daher sind an diesen, der Stadt bereits bekannten Schwerpunkten **größere Mülleimer** aufzustellen und nach Bedarf die **Leerungsfrequenzen** zu **erhöhen**. Es sollen ausschließlich **geschlossene** Mülleimer aufgestellt werden, sodass deren Inhalt nicht von Tieren herausgeholt und verteilt werden kann. An geeigneten Orten ist zudem auf **smarte** Mülleimer zurückzugreifen. Diese können den aktuellen Füllstand zentral mitteilen und so eine Anpassung der Leerungsintervalle ermöglichen. Langfristig sollen nur noch smarte Mülleimer verwendet werden.

An Stellen, bei denen mit einem besonders hohen Müllaufkommen zu rechnen ist, soll zudem auf Mülleimer mit integrierter **Müllpresse** zurückgegriffen werden. Hierdurch wird das Fassungsvermögen vervielfacht, sodass die Leerungsfrequenz und der damit verbundene Zeit- und Personalaufwand sogar deutlich reduziert werden würde. Anlassbezogen (z.B. bei größeren Festen) sollen solche Mülleimer zusätzlich aufgestellt werden.

Die Einführung einer **Verpackungssteuer** lehnen wir ab. So konnte die Evaluation der Verpackungssteuer in Tübingen bereits zeigen, dass hierdurch das Müllaufkommen nicht reduziert wurde. Stattdessen wurde die örtliche Gastronomie durch zusätzliche Bürokratie belastet, die Preise für Verbraucher erhöht und vor dem Hintergrund, dass Mehrweggeschirr selten zurückgebracht und damit zusätzlich produziert werden musste, die Umwelt zusätzlich belastet. Herumliegender **Müll muss zudem schnellstmöglich** durch die Stadt **beseitigt** werden.

Es muss gewährleistet werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger hinreichend über Mülltrennung und -entsorgung informiert werden. Während wir uns auf vielen Verwaltungsebenen für einen Stopp des ausufernden Personalaufbaus einsetzen, sehen wir bei der Stadtreinigung die Notwendigkeit des Ausbaus. Bevor jedoch neues Personal eingestellt wird, soll verwaltungsintern eine entsprechende Umschichtung geprüft werden. Bei **illegalen Müllablagerungen** sollen diese dahingehend überprüft werden, ob sich hieraus Erkenntnisse über den Verursacher ergeben, um entsprechende Verstöße ordnungsrechtlich zu ahnden.

Verunreinigungen durch Taubenkot

Zur Sauberkeit der Innenstadt gehört insbesondere auch eine gezielte Reduktion der Taubenpopulation. In den vergangenen Jahren konnte zunehmend beobachtet werden, dass insbesondere der Seltersweg und die Plockstraße, aber auch anderen Innenstadtbereiche massiv durch Taubenkot verunreinigt wurden.

Diese Verunreinigungen müssen zum einen durch die Stadt zeitnah und regelmäßig beseitigt werden, was derzeit nicht der Fall ist.

Zum anderen muss die **Taubenpopulation aber auch insgesamt stark reduziert werden**. Hierzu können Taubenschläge, bei denen die Eier der Vögel konsequent durch Attrappen ausgetauscht werden, einen Beitrag leisten. Diese sind allerdings nicht unmittelbar im Innenstadtbereich zu platzieren, da dies weitere Tauben aus dem Stadtgebiet anlocken und zu einer weiteren Konzentrierung in der Innenstadt führen kann. Optisch sind diese möglichst unauffällig zu gestalten.

Rattenplage konsequent bekämpfen

Die Rattenpopulation im Bereich der Innenstadt ist in den letzten Jahren deutlich sichtbar gewachsen. Die Kampagne „No Food No Rats“ ist nur ein kleiner Beitrag zur Rattenbekämpfung und längst nicht ausreichend. Der weitgehende Verzicht der Stadt und der zuständigen Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB) auf toxische (giftige) Köder führt ungeachtet aller Relativierungsversuche des Magistrates dazu, dass sich Ratten in der Gießener Kanalisation übermäßig vermehren und von dort aus dann auch immer wieder öffentlichen und privaten Bereichen außerhalb der Kanalisation befallen. Wir Freien Demokraten fordern deshalb eine nachhaltig wirkungsvolle und viel intensivere Bekämpfung der Ratten durch die Stadt und MWB.

Freiwilliger Polizeidienst

Nachdem der Freiwillige Polizeidienst einst von SPD und Grünen abgeschafft wurde, weil darin kein Mehrwert gesehen wurde, haben die gleichen Verantwortlichen ihn nach der vorletzten Kommunalwahl wieder eingeführt. Dabei handelt es sich um ehrenamtlich Tätige, die eine Kurzausbildung erhalten und für eine Aufwandsentschädigung durch ihre Präsenz das subjektive Sicherheitsempfinden verbessern sollen.

Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, ist nach wie vor mehr als fraglich. Wir setzen uns daher für eine **umfassende Evaluierung** ein, um die Sinnhaftigkeit des Freiwilligen Polizeidienstes in Gießen zu überprüfen. Sollte von ihm nachweislich eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens ausgehen, soll der Freiwillige Polizeidienst beibehalten werden, andernfalls ist es geboten, ihn erneut abzuschaffen.

Brennpunkt Marktplatz / Kirchenplatz

Einer der bekanntesten Orte, an denen sich Besucher und Anwohner zunehmend unwohl fühlen, ist der Marktplatz. Hier treffen sich regelmäßig unterschiedliche problematische Gruppen, die das subjektive Sicherheitsempfinden stark negativ beeinflussen. Dies beeinträchtigt sowohl die Aufenthaltsqualität als auch den lokalen Handel. Es kann nicht hingenommen werden, dass ein derart zentraler Ort unserer Stadt sich bei verschärfender Lage zunehmend selbst überlassen bleibt.

Bisherige Versuche, eine Verbesserung der Lage insbesondere mit aufsuchender Sozialarbeit zu erreichen, sind offensichtlich gescheitert. Daher bedarf es nun eines **konsequenten Handelns auf mehreren Ebenen**.

Zum einen ist die bauliche Situation der Wartehäuschen zu verändern. Die zunächst grün, nun rot leuchtenden Wartehäuser sind nicht nur unästhetisch, sondern aus kriminalpräventiver Sicht auch kontraproduktiv. Sie müssen **durch von allen Seiten transparente Wartehäuschen ersetzt werden**, damit sie zukünftig nicht mehr als Rückzugsort für Betrunkene, sondern tatsächlich für auf die Busse wartende Personen dienen. Daneben sind konsequent sämtliche **Verfallerscheinungen** wie Müll, Schmierereien und sonstige Hinterlassenschaften am und um den Marktplatz **unverzüglich und regelmäßig zu beseitigen**.

Um die unterschiedlichen Trinkerszenen vom Marktplatz zu verdrängen und damit den Hotspot zu entschärfen, sind zudem eine verstärkte **Präsenz der Stadtpolizei** sowie die **konsequente Durchsetzung der Gefahrenabwehrsatzung** erforderlich. Danach können bereits jetzt Platzverweise erteilt werden, wenn öffentliche Anlagen nur zum Zweck des Alkoholkonsums belagert werden oder aggressives Betteln (etwa durch Angeln) betrieben wird.

Auf stadtplanerischer Ebene ist der Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass innerhalb des Geltungsbereichs **keine** weiteren **Spielhallen** oder **Wettbüros** errichtet bzw. betrieben werden dürfen, da sie regelmäßig problematische Klientel anziehen. Dies kann mittelfristig auch zu einer - gewünschten - Abnahme der bereits bestehenden Einrichtungen führen. Darüber hinaus soll die **Wirtschaftsförderung** der Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit dem BID-Marktquartier bei entstehendem Leerstand unverzüglich Kontakt zu dem jeweiligen Eigentümer der Immobilie aufnehmen und vermittelnd darauf hinwirken, dass sich in diesem Bereich möglichst **heterogenes Gewerbe ansiedelt**.

Sicherheit in der Dunkelheit

Dunkelheit wirkt verstärkend auf die Furcht vor Kriminalität – ganz unabhängig von der objektiven Sicherheitslage. Daher sind die bisher nur unzureichend beleuchteten Wege und Unterführungen in Gießen zu identifizieren und **präventiv auszuleuchten**. Dabei sollen kriminalpräventiv bereits **bewährte Beleuchtungskonzepte** gewählt werden. Schwerpunkte der Furcht vor Kriminalität sind Unterführungen. Sie sollten möglichst hell (durch Farbe und Licht) gestaltet werden. Daneben gilt es gerade an diesen Orten **Verfallerscheinungen** wie Sachbeschädigungen, Müll, Graffiti und andere Hinterlassenschaften stets zeitnah zu **beseitigen**. Möglichen Schmierereien soll zudem durch eine entsprechende **Gestaltung der Wände** vorgebeugt werden. Auch hierzu gibt es bereits zahlreiche Ansätze, die sich in anderen Städten bewährt haben und daher auf Gießen übertragen werden sollten.

Häusliche Gewalt | Frauenhäuser

Wir setzen uns für **mehr Aufklärung** zum Thema häuslicher Gewalt ein und fordern **weitere aktive Präventionsmaßnahmen** zur Verhinderung dieses Phänomens, das zwar insbesondere Frauen, aber auch Männer betrifft. Zusätzlich muss die Anzahl der Plätze in **Gießener Frauenhäusern ausgebaut** und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. In jeder Situation muss die Stadt Gießen sicherstellen, dass für jede Betroffene und im Übrigen auch für jeden Betroffenen häuslicher Gewalt die Möglichkeit besteht, in einer entsprechenden Einrichtung Schutz und Beratung zu finden; ggf. sind insbesondere an Wochenenden **Notwohnungen vorzuhalten**.

Die entsprechenden Hinweise auf der Homepage der Stadt Gießen müssen sowohl für betroffene Frauen als auch für betroffene Männer deutlich leichter und barrierefreier zu finden sein. In diesem Kontext ist zu prüfen, ob die bestehenden städtischen Zuschüsse an die Träger der Frauenhäuser für deren Bedarf ausreichend sind oder aufgestockt werden müssen.

Suchthilfe

Bei vielen Gruppen, die in der Bevölkerung als problematisch im öffentlichen Raum angesehen werden, spielt Drogenabhängigkeit eine große Rolle. So richtig es ist, zur Entschärfung von Hotspots diese Szene zu verdrängen, so wichtig ist es aber auch, durch Suchthilfe das Problem an der Wurzel zu packen. Der private Verein Gießener Suchthilfe steht derzeit vor großen finanziellen Herausforderungen. Ob und wie es weitergehen kann, ist derzeit unklar. Wir erkennen die großartige Arbeit des Vereins für unsere Stadt an und möchten sicherstellen, dass diese fortgesetzt werden kann. Nötigenfalls ist eine (Mit-)Finanzierung durch die Stadt und den Landkreis Gießen zu prüfen.

Innenstadt & Einzelhandel

Die Innenstadt und der Einzelhandel sind das Herz unserer Stadt. Dieses hat in den vergangenen Jahren u.a. durch die Corona-Pandemie, den gescheiterten Verkehrsversuch, die zunehmende Vermüllung und schlechtes Baustellenmanagement großen Schaden erlitten. Damit dieses Herz wieder gesund schlagen kann, ist es unerlässlich, in Zukunft eine gezielte Ansiedlungspolitik zu betreiben, den Handel vor Ort durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für eine pulsierende Innenstadt in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren sicherzustellen.

Verkaufsoffene Sonntage

Wir Freien Demokraten setzen uns weiterhin mit aller Kraft für eine Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes ein, um in Zukunft Rechtssicherheit zu schaffen und nach Möglichkeit die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage zu erhöhen. Insbesondere der **Anlassbezug** und die damit verbundene Rechtsunsicherheit stellte den Handel in der Vergangenheit immer wieder vor große Herausforderungen. Wir fordern die Prüfung, ob zeitlich begrenzt auf ein Jahr eine Ausweitung auf **bis zu zwölf verkaufsoffenen Sonntagen** möglich ist.

Erreichbarkeit und Parksituation verbessern

Die Parksituation rund um die Innenstadt hat sich in den letzten Jahren aufgrund des zunehmenden Abbaus von Parkmöglichkeiten stark verschärft. Eine weitere **Reduzierung von Parkmöglichkeiten ist abzulehnen**. Denn dies trifft nicht nur die Einwohner der Innenstadt, sondern auch die Kundinnen und Kunden unseres lokalen Handels. Daher müssen **ausreichend Parkmöglichkeiten** um und am Anlagenring vorgehalten werden. Nur so kann der Verkehr innerhalb des Anlagenrings reduziert werden, ohne den lokalen Handel zu benachteiligen. „**Park & Ride**“-**Parkplätze** sind dagegen für Besucher der Innenstadt zum Zweck des Einkaufens unattraktiv und daher eher für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine geeignete Möglichkeit, den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren.

Durch eine Verbindung mit einem aktualisierten Parkleitsystem soll künftig bequem über die **Gießen App verfügbarer Parkraum angezeigt**, Parkplätze **bezahlt** und ggf. auch deren Belegung verlängert werden können. Dies soll in Zusammenarbeit mit dem bereits in der Stadt etablierten Bezahlanbieter umgesetzt werden. Wir fordern dabei, dass die **erste** genutzte **Stunde** jeweils **kostenfrei** wird, um auch für manche kleinere Einkäufe einen Anreiz zu schaffen, unsere Innenstadt zu besuchen.

Gezielte Ansiedlung von attraktiven Geschäften bei Leerstand

Kurzfristig kann bei Leerständen auf sog. Pop-Up-Stores zurückgegriffen werden. Dennoch muss in solchen Fällen unverzüglich in Kooperation mit den „Business Improvement Districts“ (BIDs) künftig die städtische **Wirtschaftsförderung** gezielt auf die Eigentümerinnen und Eigentümer der jeweiligen Grundstücke zugehen, um die **Ansiedlung neuer attraktiver Gewerbe voranzutreiben**. Dies soll eine gesunde Durchmischung von Unternehmen sicherstellen und somit unsere Innenstadt nachhaltig aufwerten.

Neustrukturierung des Stadtmarketings

Das Stadtmarketing Gießen bedarf der Neustrukturierung, um **Interessenkonflikte** einzelner Akteure künftig zu **vermeiden**, **Transparenz** zu schaffen und die Arbeit insgesamt **effizienter** zu gestalten. Zusätzlich muss sich das Stadtmarketing auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Insgesamt setzen wir uns für eine deutlich stärkere Vergabe von Marketingleistungen an externe private Anbieter ein, um die Marke „Stadt Gießen“ kreativ und wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

Wirtschaft & Gründer

Die Stadt muss ihre Chancen als Hochschulstandort und Innovationsmotor der Region ergreifen. Für Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich müssen in der Startphase **geeignete Flächen** und **Hilfeleistungen** bereitgestellt werden. Weitere Hilfestellung erhalten Unternehmensgründer durch den von uns Freien Demokraten ausdrücklich unterstützten **Existenzgründerfond**.

Weiterhin soll sich die Stadt für eine **stärkere Verbindung zwischen Hochschulen und heimischen Unternehmen** stark machen; das ist eine elementare Aufgabe der städtischen Wirtschaftsförderung. Wie die Entwicklung von Anwenderzentrum, TIG und Transmit belegt, erwächst daraus großer Nutzen für Stadt, Hochschulen und Bevölkerung.

Wirtschaftsförderung – Metropolregion Mittelhessen

Wirtschaftsförderung kann im Verbund mit regionalen Partnern effizienter betrieben werden. Das zeigt zum Beispiel das gemeinsame Auftreten bei der Expo-Real. Daher fordern wir auch in diesem Kontext die **Intensivierung von kommunaler Zusammenarbeit**. Weitere und intensivere Kooperationen sollen geprüft werden, zum Beispiel mit dem Regionalmanagement Mittelhessen sowie den benachbarten Landkreisen und Städten. Unsere Vision ist die **Metropolregion Mittelhessen!** Außerdem muss der erfolgreiche **Cluster Medizintechnik** ausgebaut und der **Cluster Logistik** etabliert werden.

Verkehrliche Anbindung von Betrieben

In der Stadt Gießen ansässige Betriebe müssen auch verkehrlich im Stadtgebiet angeschlossen sein. So sind beispielsweise die **Zufahrtsstraßen** zu den Betrieben am Flugplatz in Lützellinden mindestens für den Anliegerverkehr zu öffnen.

Gewerbesteuerfreies Jahr für Gründer

In der Stadt Gießen studieren zwischen 40.000 und 45.000 Personen an der Justus-Liebig-Universität (JLU) oder der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM). Das bedeutet für die Stadt eine Konzentration von Know-how und Fachkompetenz, wie sie in keiner anderen deutschen Stadt vergleichbarer Größe zu finden ist. Darin sehen wir eine große Chance für unsere Stadt. Um diese Chance in Zukunft besser zu nutzen, möchten wir für junge Unternehmer, Start-Up-Gründer und solche, die es werden wollen, einen Anreiz schaffen, in Gießen sesshaft zu werden und den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Hierfür soll jedem Gründer nach dem **ersten Geschäftsjahr** ein **Zuschuss in Höhe der geschuldeten Gewerbesteuer** gewährt werden. Dies soll jedem die Möglichkeit geben, das erste erwirtschaftete Kapital in sein eigenes Unternehmen zu investieren und nicht an die Stadt Gießen abführen zu müssen. Zudem wollen wir insgesamt die Gewerbesteuer senken, um Gießen dauerhaft und nachhaltig als Gründerstadt zu etablieren.

Digitalisierung und Breitbandversorgung

Für uns Freie Demokraten ist schnelles Internet unerlässlich für unsere heutige Gesellschaft. Sowohl für wissenschaftliches Arbeiten während des Studiums als auch für Unternehmen sowie beim Gestalten der persönlichen Freizeit ist eine schnelle Internetverbindung ein wichtiger Baustein der städtischen Infrastruktur. Die Breitbandversorgung ist heutzutage maßgeblich bei Standortentscheidungen und daher unerlässlich, um innovative Existenzgründer vor Ort halten zu können. Wir möchten daher den **Ausbau des Breitbandnetzes noch schneller vorantreiben**, um jedem Haushalt in Gießen einen schnellen Internetzugang durch Glasfaserkabel bis zur Haustür zu ermöglichen.

Kooperation mit dem Gründerzentrum

Als erste Anlaufstelle für Gründer besteht in unserer Stadt bereits das Technologie- und Innovationszentrum Gießen (TIG). Aber auch andere Institutionen wie IHK, Handwerkskammer, Volksbank Mittelhessen und Sparkasse Gießen bieten vielfältige zusätzliche Dienste an. Wir Freien Demokraten möchten die bereits bestehende **Zusammenarbeit** mit der Stadt weiter **verstärken** und nach Möglichkeit das schon existierende **Netzwerk noch enger knüpfen**. Um den Bedarf der Gründer an Work-Space gerecht zu werden, müssen die jeweiligen Kapazitäten stets im Auge behalten und ggf. an den Bedarf angepasst werden.

Kultur

Ein vielfältiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Liberale Kulturpolitik zielt nicht nur auf die Bewahrung und Pflege des kulturellen Erbes ab, sondern öffnet sich auch neuen Ideen und Wegen.

Kulturelles und künstlerisches Schaffen auf allen Gebieten sowie die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördern individuelle und soziale Identität. Daher muss Kulturförderung integraler Bestandteil von Kommunalpolitik sein. Neben ehrenamtlichem Engagement, privatem Sponsoring und bürgerlichem Mäzenatentum bleibt Kulturförderung auch Verpflichtung der Stadt. Dabei ist es wichtig, Netzwerke zu bilden zwischen kommunaler Verwaltung, Wirtschaft, öffentlichen und privaten Institutionen, Vereinen und Initiativen.

Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch in hohem Maße die Zukunftschancen der jungen Generation. Daher muss städtische Kulturpolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen legen, um frühzeitig ihre Kreativität zu fördern, ihre Intelligenz auszubilden und ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Für eine aktive städtische Kulturpolitik treten wir auch deswegen ein, weil Kultur- und Bildungseinrichtungen als ökonomische Standortfaktoren über die Grenzen der Stadt hinauswirken und vielfältigen wirtschaftlichen Nutzen, nicht zuletzt in Form von Arbeitsplätzen, bringen. Im Bereich der Kulturwirtschaft gehen kulturelle Betätigung und wirtschaftliches Erfolgsstreben eine enge Symbiose ein.

In zurückliegenden Wahlperioden erfuhr das kulturelle Leben unserer Stadt Gießen dank der Arbeit der beiden liberalen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann und Harald Scherer vielerlei Impulse. Dazu gehören u.a. das Projekt „Gießen historisch“, der Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis, die „Gießener Köpfe“, die Basilika-Konzerte auf dem Schiffenberg, im Kulturrathaus der „Hermann-Levi-Konzertsaal“, die Kunstaussstellungshalle und die Stadtbibliothek. Auch der Anstoß zur Gründung eines Literaturzentrums, die Bereitstellung von Ausstellungsräumen in der ehemaligen Stadtbibliothek in der Kongresshalle, die Initiative „Kultur im Dialog“ sowie zuletzt die Einführung einer Gießener Kulturnacht gehören zu den liberalen Impulsen.

Leider wurden unter den grün-rot dominierten nachfolgenden Stadtregierungen die Zuwendungen für die Kulturpflege ebenso wie der städtische Zuschuss für Meister- und Basilikakonzerte gekürzt und für die Liebig-Stipendien komplett gestrichen. Das wollen wir nach der Kommunalwahl 2026 unter liberaler Verantwortung wieder korrigieren. **Kulturpolitik ist keine Nebensache!**

Jugendkultur

Gießen ist eine der jüngsten Städte Deutschlands, dynamisch, vielfältig und kulturell geprägt durch seine Hochschulen, die Universität und das studentische Leben. Gleichzeitig ist Gießen ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Knotenpunkt Mittelhessens. Diese Mischung aus Wissenschaft, Unternehmertum und Jugend bietet enorme Chancen, die bisher unzureichend genutzt werden. Eine moderne Stadt muss nicht nur tagsüber funktionieren – sie muss auch nachts attraktiv, sicher und lebendig sein.

Wir als FDP in Gießen steht für eine zukunftsorientierte Stadt, die Freiheit, Eigenverantwortung und urbanes Leben gleichermaßen fördert. Ein attraktives Nachtleben und eine starke Veranstaltungskultur sind wesentliche Standortfaktoren für junge Menschen, Unternehmen, Kreativschaffende und Gastronomie. Deshalb setzen wir uns für echte Freiheit der Nachtkultur, für Bürokratieabbau, für Vielfalt und für mehr Räume ein.

Club- und Nachtkultur stärken – für ein freies und modernes Stadtleben

Clubs sind Kulturstätten und nicht bloß Vergnügungsorte. Sie prägen das städtische Leben, schaffen Arbeitsplätze und ziehen junge Menschen an. Statt eines Gegeneinanders zwischen Anwohnern, Verwaltung und Veranstaltern braucht es klare, aber faire Regeln.

Wir fordern daher, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen und nötigenfalls auf gesetzliche Änderungen hinzuwirken, um die Einrichtung von Nachtkulturbereichen am Wochenende, in denen verkürzte Nachtruhephasen gelten, höhere Lärmgrenzen erlaubt sind und Clubs und Livemusik rechtssicher planen können, zu ermöglichen. Damit geben wir Clubbetreibern Rechtssicherheit und vermeiden Konflikte mit Anwohnern.

Verhältnismäßigkeit bei angeblichen Ruhestörungen

Die FDP stellt klar: Nicht jede einzelne Beschwerde darf zu weitreichenden Sanktionen führen. Der Lärmschutz darf bei Untersagungen und Anzeigen nicht länger überbewertet werden. In vielen Fällen handelt es sich um zumutbare, zeitlich begrenzte Immissionen, die im städtischen Umfeld, insbesondere am Wochenende erwartbar sind. Auch Beschwerdeführer haben verschiedene Möglichkeiten, die Situation zunächst eigenverantwortlich zu entschärfen. Erst wenn solche naheliegenden Schritte ausgeschöpft sind, darf eine Beschwerde überhaupt zu weitergehenden Maßnahmen führen. Vor einer Untersagung einer Veranstaltung müssen außerdem alle geeigneten technischen und organisatorischen Lösungen durch die Veranstalter geprüft werden. Eine vollständige Untersagung darf nur als letztes Mittel erfolgen, wenn alle pragmatischen Alternativen nachweislich ausgeschöpft sind.

Wir fordern eine klare Abwägung zwischen Kulturinteresse und Anwohnerinteressen, Verhältnismäßigkeit bei etwaigen Bußgeldern, transparente Verfahren, Schwerpunktsetzung auf echte Störungen, nicht auf Einzelmeinungen und die Berücksichtigung von Umständen wie Anlass, Wochenende, Konzept und das Gesamtverhalten der Gäste.

Legale Open-Air-Zonen schaffen

Gießen ist bekannt für seine studentischen Open-Airs – vom spontanen Rave bis zum Hochschul-Event. Doch vielerorts bewegen sich junge Menschen in der Illegalität, weil geeignete Orte fehlen. Zudem ziehen in anderen vergleichbaren Städten Kneipen und Bars mit Pop-Up Konzepten viele junge Menschen an. Wir Freie Demokraten fordern daher die Einrichtung von **Open-Air-Zonen** auf ausgewählten geeigneten Grünflächen oder in Randlagen von Gewerbegebieten mit klaren Regeln (Zeiten, Dezibel Grenzen, Müllkonzepte, sanitäre Versorgung) und mit einer schnell erreichbaren Anlaufstelle in der Stadtverwaltung, z.B. bei der Nachtbürgermeisterin.

Einführung einer „48-Stunden-Genehmigung“ für Kleinstveranstaltungen

Kleinstveranstaltungen bis 200 Personen sollen binnen 48 Stunden genehmigt sein – besonders, wenn sie auf dafür geeigneten und bereits vorgesehenen Flächen stattfinden.

Weihnachtsmarkt

Der Weihnachtsmarkt in Gießen bleibt seit Jahren auch trotz zwischenzeitlicher Neukonzeption hinter seinem Potenzial zurück. Wir fordern daher eine **Verlegung oder Erweiterung des Weihnachtsmarkts im Seltersweg in den Theaterpark**. Dieser würde durch entsprechende Beleuchtung und ohne größere Lücken zwischen den Ständen eine deutlich angenehmere und hochwertigere Atmosphäre schaffen als dies gegenwärtig der Fall ist.

Schlammbeisers Lahnlust

Dieses Lahnspektakel leistete bis 2019 einen wertvollen Beitrag, die Lahn als Naherholungsgebiet und Ort für Kulturangebote aufzuwerten, den Fluss stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und zugleich sein touristisches Potenzial besser zu nutzen. Wir stehen für eine **Reaktivierung dieses Events**.

Stadttheater

2027 feiert das Stadttheater – „Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“ - seinen 120. Geburtstag. Das Theater mit seinen drei Sparten (Musiktheater, Schauspiel und Tanz) und dem Kinder- und Jugendtheater sowie dem Philharmonischen Orchester ist der tragende Eckpfeiler der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt. Die Stadt muss alles tun, damit es bei dem zur **Sicherung seiner Finanzierung** mit dem Land Hessen und dem Landkreis Gießen geschlossenen Theatervertrag bleibt.

Kulturgewerbehof

Wir Freien Demokraten stehen einer anteiligen kulturellen Nutzung der Feuerwache in der Steinstraße als sog. Kulturgewerbehof **grundsätzlich positiv** gegenüber. Durch den Umzug der Berufsfeuerwehr in das Gefahrenabwehrzentrum eröffnet sich die Chance auf eine Neuentwicklung des Areals, die auch die Einrichtung eines Kulturgewerbehofs beinhalten soll. Dabei soll die Stadt Gießen Kulturschaffenden buchstäblich **„Raum bieten“**. Es muss aber aus gegebenem Anlass sichergestellt werden, dass die Vergabe der Räume ausschließlich durch die Stadthallen GmbH erfolgt, um eine ordnungsgemäße Vergabe zu gewährleisten.

Museum für Gießen (MfG) / ehem. Oberhessisches Museum

Auch wenn wir Freien Demokraten mit der Umbenennung des Oberhessischen Museums aus geschichtlichen Gründen nicht glücklich sind, bleibt festzustellen, dass das Museum für Gießen mit seinen Abteilungen im Alten Schloss, im Leib'schen und Wallenfels'schen Haus inzwischen Umfang und Qualität eines Landesmuseums erreicht hat. Zwischen Frankfurt und Kassel besteht keine vergleichbare museale Einrichtung. Deshalb halten die Freien Demokraten das Museum für Gießen nach wie vor für eine unverzichtbare Bildungseinrichtung unserer Stadt, die der **kontinuierlichen Förderung** bedarf.

Die zurzeit noch im Bau befindliche **Erweiterung des Museums und seine inhaltliche Neukonzeption** finden deshalb, im Rahmen der damals zur Entwurfsplanung zur Verfügung gestellten Mittel, unsere Unterstützung.

Naturwissenschaftliche Museumskette

Mit dem Liebig-Museum und dem Mathematikum sowie dem Botanischen Garten ist der Grundstock für eine naturwissenschaftliche Museumskette gelegt, mit der sich Gießen als Museumsstandort gegenüber der stärker geistes- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Museumslandschaft unserer Nachbarstadt Wetzlar profilieren kann. Zur Ergänzung können sich wir uns vorstellen, in Gießen ein **meteorologisches Museum** und im Gedenken an die Tätigkeit von Conrad Röntgen ein **interaktives Physik-Museum** zu schaffen.

Die Stadt muss die Bemühungen der Justus-Liebig-Gesellschaft zu Gießen unterstützen, um die **Wiederherstellung des Liebig-Museums nach dem erheblichen Brandschaden** zu erreichen.

Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe“

Das vom ehemaligen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann ins Leben gerufene Skulpturenprojekt, mit dem an Menschen erinnert wird, die die Geistes- und Kulturgeschichte unserer Stadt bereichert haben, bedarf der **Fortsetzung**. Vor allem in der Fußgängerzone und anderen Bereichen der Innenstadt ist Raum für die Aufstellung weiterer Büsten. Bei der Auftragsvergabe sollen möglichst **Künstler aus der heimischen Region** berücksichtigt werden. Die Stadt soll die Sponsoren bei der Verwirklichung ihres Beitrages zu diesem Projekt der "Kunst im öffentlichen Raum" unterstützen. Um die Vergabe der Köpfe zu entpolitisieren, muss endlich ein entsprechender überparteilicher Beirat ins Leben gerufen werden. Hierzu sollen u.a. verschiedene Kulturexperten sowie Vertreter der Hochschulen berufen werden. Weiterhin bedarf es dringend der Erarbeitung einer entsprechenden Vergaberichtlinie.

Bildhauersymposium

Bereits in der Vergangenheit wurde in liberaler Verantwortung ein Bildhauersymposium erfolgreich durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität soll in regelmäßigen Abständen ein solches wieder etabliert werden.

Gießener Kulturnacht

Es ist gut und richtig, dass in 2024 die langjährige Forderung der Freien Demokraten nach Durchführung einer **langen „Kulturnacht“** in Gießen endlich erfüllt wurde und auf diese Weise das kulturelle Angebot in der Stadt für jedermann zugänglich gemacht wurde.

Diese Kulturnacht soll es auch in Zukunft den Künstlerinnen und Künstlern aus allen Bereichen der Kulturwirtschaft wie Theater, Kino, bildende Kunst, Musik, Museen, etc. in einem zweijährigen Turnus ermöglichen, einem breiten Publikum aus der Region ein **attraktives Kulturevent** anzubieten. Wir versprechen uns dadurch langfristig eine nachhaltige Stärkung der Kulturwirtschaft als eigenständiger Wirtschaftsfaktor und als Impulsgeber für die Standort- und Stadtentwicklung in Gießen.

Veranstaltungsort Schiffenberg

Der Schiffenberg mit seinem kunsthistorisch wertvollen Architekturensemble ist nicht nur ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bewohner und Bewohnerinnen Gießens und des Umlandes, sondern darüber hinaus ein wichtiger **kultureller Veranstaltungsort** für Mittelhessen.

Als Freie Demokraten begrüßen wir ausdrücklich, dass unserer **Forderung** nach einer **besseren Erreichbarkeit des Musikalischen Sommers mit dem ÖPNV ab dem Jahr 2026 endlich stattgegeben** wurde. Neben dem folkloristischen Programm heimischer Gesangs- und Musikgruppen und den Basilika-Konzerten ist auch das Stadttheater wieder verstärkt in das Programmangebot einzubeziehen.

Nach der erfolgreichen Sanierung der Basilika soll in einem nächsten Schritt der **Innenhof des ehemaligen Klosters Schiffenberg neugestaltet** sowie die **Terrassen des Südhangs restauriert und idealerweise mit Weinreben bepflanzt werden**. Eine Kooperation mit der Hochschule Geisenheim soll dabei angestrebt werden. Der Baumbestand im Innenhof ist zu erhalten.

Unterstützung kulturschaffender Vereine

Vereine und private Initiativen von Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere Musik- und Gesangsvereine, aber auch Theater- und Satire-Ensembles, leisten einen wichtigen Beitrag zu einem möglichst vielseitigen Kulturangebot in unserer Stadt. Die zu Zeiten liberaler Kulturdezernenten zu ihrer **Förderung** kontinuierlich aufgestockten Haushaltsansätze sind angesichts der Kürzungen durch die grün-rot dominierten Nachfolgeregierungen wieder **aufzustocken**. Dabei müssen Kriterien wie künstlerische Qualität und Beitrag zur Profilierung des kulturellen Angebots in unserer Stadt Vorrang vor dem „Gießkannenprinzip“ haben. Hierfür bedarf es **transparenter Förderrichtlinien**.

Liebig-Stipendien

Die Liebig-Stipendien sollen als Ausdruck der engen Verbundenheit Gießens mit seiner Universität in Höhe des Haushaltsansatzes früherer Jahre **wieder vergeben** werden.

Meisterkonzerte und Basilikakonzerte

Gerade nach Fertigstellung der restaurierten Basilika auf dem Schiffenberg halten wir eine **Wiederaufstockung** der Bezuschussung auf die Höhe früherer Jahre für geboten.

Wilhelm-Gail-Plakette

Für die **Anerkennung herausragender Leistungen auf kulturellem Gebiet** soll eine Wilhelm-Gail-Plakette geschaffen und für ihre Vergabe Richtlinien erarbeitet werden. Die Plakette soll jährlich an Bürgerinnen und Bürger verliehen werden, die sich um das kulturelle Leben und Bildungsangebot in Gießen verdient gemacht haben. Mit ihr soll zugleich die Erinnerung an Kommerzienrat Dr. h.c. Wilhelm Gail, den großzügigen Förderer des jetzigen Museums für Gießen und anderer Kultureinrichtungen in Gießen, wachgehalten werden.

„Gießen historisch“

Nachdem in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Bauwerken der Kernstadt durch entsprechende Objekttafeln gekennzeichnet, die Orientierungstafeln aufgestellt und eine erläuternde Broschüre gedruckt werden konnten, bedarf es nun der **Fortführung** dieses touristisch wichtigen, aber auch für die Gießenerinnen und Gießener interessanten Projektes durch Einbeziehung der Stadtteile; dabei ist mit den Ortsbeiräten eng zusammenzuarbeiten. Die Orientierungstafeln sollen mit **QR-Code** ausgerüstet und mit der Broschüre hinterlegt werden.

Grabdenkmäler auf dem Alten und Neuen Friedhof

Die Bemühungen um den **Erhalt künstlerisch und stadtgeschichtlich wertvoller, vom Verfall bedrohter Grabdenkmäler** auf den beiden Friedhöfen sind zu verstärken. Zudem sind alle Grabdenkmäler in einem **wissenschaftlich fundierten Katalog zu erfassen**. Die finanzielle Beteiligung der Justus-Liebig-Universität sowie von Standes- und Berufsverbänden ist ebenso anzustreben wie die Übernahme von Patenschaften durch Privatpersonen.

„Pavillon“ auf dem Alten Friedhof

An dem durch Sichtachsen betonten Standort des in den Nachkriegsjahren errichteten und nun sanierungsbedürftigen Dienstgebäudes soll ein **pavillonartiger Zentralbau** entstehen, der in seinem Baustil der kulturhistorischen Bedeutung des Alten Friedhofs gerecht werden muss. In ihm können nicht nur wertvolle Grabmäler sicher vor weiterem Verfall untergebracht und kulturhistorische Erläuterungen zum Alten Friedhof angebracht, sondern gelegentlich auch temporäre Ausstellungen gezeigt werden.

Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar

Die im Rahmen des Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar bereits 2003 empfohlenen und von den politischen Gremien beider Städte anerkannten Handlungsschwerpunkte (z.B. gemeinsamer Kulturfond, Kulturdialog Gießen-Wetzlar, Kulturgewerbehof als Gründerzentrum) bedürfen der weiteren Umsetzung. Ein Ausbau dieser Beziehungen ist zur Stärkung der regionalen Identität wichtig.

Städtepartnerschaften

Gießen pflegt mit Netanya (Israel), Gödöllő (Ungarn), Winchester (England), Hradec Kralove (Tschechien), Wenzhou (China) und Ferrara (Italien) funktionierende Städtepartnerschaften. Dagegen ist die **Partnerschaft mit San Juan del Sur (Nicaragua) aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in diesem Land zu hinterfragen und ständig auf den Prüfstand zu stellen**. Auch Im Rahmen der Partnerschaft mit **Wenzhou** ist verstärkt auf die Entwicklung der Menschenrechtslage in China zu achten und entsprechend zu reagieren.

Die Städtepartnerschaften dienen dem kulturellen, sportlichen und künstlerischen wie auch dem administrativen Austausch und sind weiterhin zu fördern, auch durch eine Unterstützung der Partnerschaftsvereine. Zur Belebung der Städtepartnerschaften und zur Unterstützung der Partnerschaftsvereine soll regelmäßig alle 3-4 Jahre ein gemeinsames Treffen aller Partnerstädte stattfinden.

Grundsätzlich befürworten die Freien Demokraten eine Ausweitung von Städtepartnerschaften, da diese der Völkerverständigung dienen.

Verkehr & Mobilität

Die Gießener Verkehrs- und Mobilitätspolitik wurde von gravierenden, politisch gewollten Veränderungen der letzten Jahre geprägt. Dabei wurde der motorisierte Individualverkehr mit verschiedensten Maßnahmen aktiv bekämpft und das Fahren in und nach Gießen zunehmend unattraktiv gemacht. Hierzu sind Straßenspuren weggenommen, Parkplätze entfernt, Parkgebühren massiv erhöht, auf zahlreichen Straßen Tempo 30 eingeführt und Ampelschaltungen, die grüne Wellen auf den Einfahrtstraßen eher vermeiden als ermöglichen, installiert worden. Der traurige Höhepunkt der grün-rot-roten Verkehrspolitik war der gescheiterte Verkehrsversuch, der Steuergelder in Millionenhöhe verbrannt und einen noch viel größeren Schaden der lokalen Wirtschaft und insbesondere dem Einzelhandel zugefügt hat.

Diese Politik muss beendet und durch eine Mobilitätspolitik abgelöst werden, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Diese können durchaus voneinander abweichen. So sind beispielsweise Menschen aus dem Umland, die Gießen zum Einkauf besuchen möchten, vorwiegend daran interessiert, die Innenstadt schnell und nervenschonend zu erreichen und dort nah zu parken. Berufspendler werden dagegen einen größeren Wert auf kostenfreies Parken und eine schnelle Erreichung ihrer Arbeitsstelle legen. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse müssen auf unterschiedliche Mobilitätsangebote treffen. Hierzu dürfen unterschiedliche Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen sich ergänzen. Auch wir Freie Demokraten möchten die Innenstadt von zu starkem Verkehrsaufkommen entlasten. Dieses Ziel erreichen wir, indem wir Alternativen bedürfnisorientiert attraktiver machen, den Verkehr fließen lassen und unterschiedliche Mobilitätskonzepte zusammendenken.

Als konkrete Maßnahmen wollen wir umsetzen:

ÖPNV

Als Freie Demokraten setzen wir uns für einen verstärkten **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** ein. Dazu gehören auch die Chancen, die neue Verkehrsmittel eröffnen. Durch bedürfnisorientierte Fahrpläne, Taktzeiten und bessere Linienführung muss und kann das **Busfahren attraktiver** werden.

Zur Reduzierung des nach Gießen einpendelnden Verkehrs fordern wir einen **intensiven Ausbau der sogenannten „letzten Meile“**, also der Überwindung der Distanz zwischen den ÖPNV-Haltepunkten und den tatsächlichen Zielen der Pendler. Hierzu schlagen wir für eine Parkdauer von bis zu 12 Stunden kostenfreie „Park & Ride“-Parkplätze an den jeweiligen Einfahrtstraßen vor, von denen aus Busse regelmäßig, morgens und nachmittags/abends in höherer Taktung, in bzw. aus der Innenstadt fahren. Dieses Angebot dürfte insbesondere für Berufspendler, die oftmals bereits über ein Job-, Hessen- oder Deutschlandticket verfügen und Parkkosten sparen möchten, attraktiv sein und würde die Innenstadt zu den Stoßzeiten vom Individualverkehr entlasten. Wir sehen insbesondere eine zu Stoßzeiten an Schulen erhöhte Taktung als zwingend erforderlich an. Neue Wohn- und Gewerbegebiete müssen beim Ausbau des ÖPNV-Netzes berücksichtigt werden.

Für die Einführung von E-Scootern in Gießen sind wir offen, soweit dies durch private Anbieter erfolgt. Hierzu möchten wir gezielt auf die jeweiligen Anbieter zugehen. Bei der Einführung sind Flächen auszuweisen, an denen die Scooter abgestellt werden müssen, um Verengungen der Fußwege zu vermeiden. Diese Stellen müssen allerdings durch ihre Verteilung sicherstellen, dass die Nutzung weiterhin attraktiv bleibt. Durch technische Vorkehrungen ist zudem sicherzustellen, dass die Scooter nicht innerhalb der Fußgängerzone genutzt oder abgestellt werden können.

Wir treten dafür ein, dass über die Digitalisierung der **klassische ÖPNV und die „On-demand“-Angebote miteinander verknüpft** werden, so dass mit einem Buchungs- und Bezahlvorgang beispielsweise Bus-Ticket und Leihfahrrad, E-Scooter und andere Sharing-Dienste abgewickelt werden können.

Da die **Buslinie 1** aktuell ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, bedarf es ihrer **Neukonzeption**. Dabei muss sichergestellt werden, dass die 18 Tonnen schweren Gelenkbusse die dafür nicht geeigneten Straßen in den südlichen Stadtteilen Kleinlinden, Allendorf und Lützellinden in Zukunft nicht mehr befahren.

Motorisierter Individualverkehr / Autoverkehr

Anders als einige politische Mitbewerber erkennen wir die Notwendigkeit des motorisierten Individualverkehrs an und stellen uns dem Kulturkampf gegen das Auto entgegen. So ist der Gießener Einzelhandel maßgeblich auf Kunden aus dem Gießener Land und darüber hinaus angewiesen. Diese haben aber wenig Lust, stundenlang mit dem ÖPNV durch die Dörfer zu fahren, bis sie schließlich Gießen erreichen, um dann mit Tüten vollgepackt die lange Rückreise anzutreten. Daher ist für uns klar: Auch die Erreichbarkeit der Stadt mit dem Auto muss sichergestellt sein und schneller, unkomplizierter und nervenschonend wieder ermöglicht werden.

Der innerstädtische Verkehr und insbesondere die **Ampelschaltungen** müssen **optimiert** werden. Dies sollte mithilfe von **Sensoren** und **bei laufendem Betrieb lernender künstlicher Intelligenz** geschehen. Die erhobenen Daten sollen anonymisiert Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die damit innovative Produkte entwickeln können. Dadurch könnte der Schadstoffausstoß gesenkt und ein zügigerer Verkehrsfluss ermöglicht werden. Durch das Anfahren an den Ampeln werden deutlich mehr Schadstoffe ausgestoßen als durch kontinuierliches Fahren auf der „grünen Welle“ einer sinnvoll getakteten Ampelschaltung.

Grundsätzlich soll jedoch im gesamten Stadtgebiet zunächst geprüft werden, ob die bereits vorhandenen Ampelanlagen tatsächlich notwendig sind oder ob ggf. eine Regelung durch Verkehrszeichen den Verkehrsfluss ohne Einbußen der Sicherheit verbessern würde. Die Regelung des Verkehrs durch solche Verkehrszeichen soll die Regel sein.

Der stetige und politisch gewollte Wegfall von Parkflächen muss beendet werden. Dies hat dazu geführt, dass die Parkhäuser in der Stadt immer häufiger ausgelastet sind. Zudem haben ältere und/oder gehbehinderte Menschen zunehmend Probleme, die Arztpraxen in der Innenstadt zu erreichen. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch den ersatzlos geplanten Wegfall der Parkplätze am Brandplatz äußerst kritisch. Die Umgestaltung muss mit entsprechend nahen Parkalternativen wie einer unterirdischen Tiefgarage einhergehen.

Zusätzlich fordern wir die Ausweisung von sog. „Generationenparkplätzen“ für ältere und/oder gehbehinderte Menschen. Hierzu können ggf. die vorhandenen Familienparkplätze ebenfalls entsprechend geöffnet werden.

Die Digitalisierung der Parkraumbewirtschaftung muss weitergehen. Ziel muss sein, dass künftig freie Parkflächen im Innenstadtbereich über die Gießen App live angezeigt und dort auch die entsprechende Ticketbuchung und -bezahlung vorgenommen werden können. Dies soll die analoge Möglichkeit nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine zusätzliche Anbindung an den Gießener Ring am **Leihgesterner Weg** den Verkehr in der Stadt Gießen weiter entlasten wird. Die zusammen mit der Stadt Linden einst unternommenen Anstrengungen sind wieder aufzunehmen.

Die Einrichtung weiterer verkehrsberuhigter Zonen setzt die Akzeptanz durch die betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden voraus. Solche Bereiche müssen durch bauliche, verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Maßnahmen optisch ansprechend und für den Verkehr ungefährlich gestaltet werden. Neue verkehrsberuhigte Zonen dürfen dabei nicht zu einer erhöhten Belastung für die Bewohner umliegender Straßen führen.

Tempo 30 Zonen wollen wir nicht als erzieherische Maßnahme, um den Individualverkehr künstlich unattraktiv zu machen. Sie müssen sich vielmehr auf jene Straßen beschränken, in denen ihre Einführung tatsächlich aus Sicherheits- oder Lärmschutzgründen erforderlich ist. Gerade wenn es aber um Lärmschutz geht, kann es nicht sein, dass einerseits Tempo 30 eingeführt, andererseits aber durch eine entsprechende Bodendecke die Lärmemissionen wiederum erhöht werden – wie es beispielsweise vor dem Hauptgebäude der JLU in der Ludwigstraße geschehen ist. Dies ist nicht nur kontraproduktiv, sondern stößt zurecht auch auf Ablehnung der Bürgerinnen und Bürger.

So gut wie jeder Gießener wird schon des Öfteren minutenlang am Bahnübergang der Frankfurter Straße gestanden haben. Diese planerische Verkehrssünde muss nun endlich angegangen werden. In einem ersten Schritt ist in Kooperation mit der Deutschen Bahn zu prüfen, ob und wie die Wartezeit dadurch reduziert werden kann, dass sich die Bahnschranke erst schließt, wenn tatsächlich in der nächsten Minute mit dem Kommen eines Zuges zu rechnen ist.

Radverkehr

Wir Freien Demokraten sehen den Fahrradverkehr als eine wichtige Komponente des Individualverkehrs. Verbesserungen des Radverkehrs tragen zu einer Entlastung anderer Verkehrsmittel bei.

Daher setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Radwegen ein. Soweit möglich sind diese baulich von der Straße zu trennen, um zusätzliche Sicherheit und Nutzungskonflikte zu vermeiden. Wo dies nicht möglich ist, setzen wir uns für die farbliche Markierung der Radwege ein, um diese zusätzlich jedenfalls optisch von den anderen Fahrspuren zu trennen.

Um den Radverkehr attraktiver zu gestalten, muss ein **lückenloses Radwegenetz** geschaffen und entsprechend ausgeschildert werden.

Zusätzliche **Abstellmöglichkeiten wie Fahrradboxen oder -parkhäuser** müssen zumindest in den urbanen Stadtbereichen errichtet werden. Auch in den vorhandenen Parkhäusern sollen, soweit diese in städtischem Eigentum stehen, Abstellmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir befürworten den Ausbau des **überörtlichen Radwegenetzes** und der **Radschnellwege**.

Auf wichtigen Verbindungsstrecken ohne eigenen Radweg sind Fahrradaufstellflächen mit separater Ampelschaltung wie am Selterstor einzurichten. Auch für Radfahrer gilt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet sein muss.

Wirtschaftsverkehr

Der Wirtschaftsverkehr in den Innenstädten nimmt mehr und mehr zu. Das führt dazu, dass auch die Nutzungskonflikte im innerstädtischen Straßenraum zunehmen. Die Folgen sind Engpässe bei Logistik-Prozessen und die Gefährdung der Verkehrssicherheit. Ein auf alle Verkehrsträger **abgestimmtes Verkehrskonzept** für die Belieferung und Müllentsorgung in der Stadt sowie eine optimierte Baustellenlogistik sind notwendig.

Besondere Bedeutung kommt den Sektoren Handwerk, Logistik, ÖPNV und Taxi zu. Diese Wirtschaftssektoren sind nicht ohne Straße denkbar und erfüllen für ein reibungsloses Miteinander in einer sozialen und lebenswerten Stadt eine wichtige Servicefunktion.

Statt mit Verboten und Schikanen die Wirtschaftsverkehre zu behindern, muss die Stadt Gießen **Anreize und intelligente Lösungen** entwickeln, die das Handwerk, Kleingewerbe, die Taxibranche und Gewerbetreibende zum Umstieg auf alternative und emissionsarme Antriebssysteme animieren. Bei allen Maßnahmen ist der Nutzen für die Umwelt im Verhältnis zum Aufwand aller Betroffenen abzuwägen.

Bei der städtischen Verkehrsplanung ist auf die Belange des Wirtschaftsverkehrs Rücksicht zu nehmen. Dies betrifft insbesondere die Ausweisung von **Ladezonen** beziehungsweise die Berücksichtigung eines reibungslosen Ver- und Entsorgungsverkehrs bei Maßnahmen des Parkraummanagements. Beispiele wie die Schaffung von **Mikrodepots** sollen daher auch in Gießen geprüft werden.

Bahnverkehr und Lärmschutz

Die vermehrte Nutzung des Schienenverkehrs zum Transport von Waren aller Art ist aus ökologischen Gründen zu begrüßen. Allerdings sind nach wie vor Anwohnerinnen und Anwohner in der Stadt und den Stadtteilen durch die dadurch entstehenden Lärmemissionen stark belastet und in ihrer Wohnqualität eingeschränkt. Daher sind die (insbesondere durch Güterzüge verursachten) **Lärmschwerpunkte** zu **ermitteln** und zeitnah, soweit notwendig durch Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, geeignete **Lärmschutzmaßnahmen** wie der Bau von **Lärmschutzwänden** und/oder die Verlegung **moderner, leiserer Gleise** zu ergreifen.

Fußgänger

Viele Wege werden zu Fuß zurückgelegt. So wird es auch schon auf vielen Bürgersteigen oder an Kreuzungen manchmal eng – und damit im Zusammenhang mit Rad- und Autoverkehr auch gefährlich. Der Fußgängerverkehr ist eine eigenständige Fortbewegungsform und muss deutlich **ernster genommen werden**.

Dazu gehören, die **Breite der Bürgersteige** und die **Größe der Verkehrsinseln** an den Fußgängerverkehr anzupassen und einen reibungslosen Begegnungsverkehr zu ermöglichen: Beispielsweise muss es möglich sein, dass auf einem Gehweg zwei Kinderwagen einander passieren können.

Die Grünphasen von Fußgängerampeln sind so zu gestalten, dass ein Verweilen auf Verkehrsinseln grundsätzlich nicht erforderlich ist.

Auch die stärkere **Bepflanzung mit Bäumen** zur Verbesserung der Luftqualität und als Schattenspender für die Fußwege und Straßen ist zu forcieren.

Einfache Wegweiser für Fußgänger sind beizubehalten und nach Bedarf auszubauen. Symbolische, aus der Zeit gefallene und kostenintensive Vorhaben wie die Einführung eines analogen Fußgängerleitsystems lehnen wir ab.

Verbesserte Zugänge zu Kinderspielplätzen, Kindergärten und Schulen

Die Verkehrssituation im Umfeld von Kinderspielplätzen und Kindertagesstätten sowie auf Schulwegen muss kritisch überprüft und wo erforderlich **korrigiert** werden. Zweigeteilte Ampelüberführungen (mit Stopp auf der Verkehrsinsel) in der Nähe von Spielplätzen (z.B. Abzweig Robert-Sommer-Straße/Schubertstraße) oder gar fehlende dauerhafte Straßenquerungshilfen (Spielplatz Bismarckstraße) sind **Gefahrenpunkte** und müssen als solche **entschärft** werden.

Parkende Fahrzeuge dürfen keine Zugangswege versperren. Radständer sollen abgestellte Fahrräder und Leihräder besser im Straßenbild anordnen, um den Zugang von Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen nicht zu erschweren oder völlig zu behindern. Das macht den Nahverkehr attraktiver und entlastet die Innenstadt.

Baustellenmanagement: Gezielte Verkehrsbehinderungen

Das Baustellenmanagement in der Stadt Gießen muss dringend optimiert werden. So dürfen nicht weiterhin etliche Baustellen gleichzeitig eingerichtet und im Anschluss über Monate hinweg nicht fortgeführt werden. Vielmehr sind Baustellen ab der Einrichtung unterbrechungsfrei und mit massivem Einsatz schnellstmöglich abzuschließen. Die Anzahl der Baustellen muss sich auch nach den tatsächlich verfügbaren Kapazitäten der jeweiligen Bauunternehmen orientieren. Weiterhin ist durch eine entsprechende vertragliche Gestaltung der planmäßige Abschluss der Baumaßnahmen sicherzustellen.

Moderner Wohnmobilstellplatz

Die FDP fordert die Schaffung eines Wohnmobilstellplatzes mit mindestens 50 Stellplätzen und entsprechender Ver- und Entsorgung (Strom, Wasser, Abwasser, Sanitäranlagen), um den stark ansteigenden Campingtourismus auch für Gießen zu nutzen. Ein solcher moderner Stellplatz stärkt ganzjährig Tourismus, Handel und Gastronomie und fördert nachhaltig die Belebung der Innenstadt. Wie Beispiele aus anderen Städten zeigen, werden moderne Stellplätze gut ausgelastet. Sie sind wirtschaftlich tragfähig und amortisieren sich schon in wenigen Jahren.

Erforderlich ist allerdings neben einer Stadtbusanbindung in fußläufiger Entfernung auch eine Marketingstrategie, die die Attraktivität Gießens für den Wohnmobiltourismus herausstellt: Sehenswürdigkeiten wie Mathematikum, Botanischer Garten, Kloster Schiffenberg und vieles mehr; Sport- und Kulturveranstaltungen; Besuche bei Studierenden oder Klinikpatienten.

Nach Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen sind Errichtung und Betrieb des Wohnmobilstellplatzes nach Möglichkeit an einen geeigneten privaten Anbieter zu übertragen. Sollte ein solcher nicht gefunden werden, sollen die Stadtwerke beauftragt werden.

Abriss des Elefantenklos

Das sog. Elefantenklo hat als Überführung zwischen Frankfurter Straße und dem Anlagenring am Selterstor inzwischen einen gewissen Kultstatus erlangt. Zur Wahrheit gehört aber, dass das Bauwerk nicht nur aus ästhetischen, sondern vor allem aus praktischen Gründen Probleme mit sich bringt. So wird in absehbarer Zeit eine kostenintensive Instandsetzung erforderlich sein. Hinzu kommt, dass die Unterhaltung und insbesondere der Betrieb der Rolltreppen mit massiven Kosten verbunden sind und das Elefantenklo für gehbehinderte Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, nicht nur wenn die Rolltreppen einmal wieder defekt sind, sondern auch außerhalb der Öffnungszeiten des Karstadt keine adäquate und barrierefreie Querung des Anlagenrings ermöglicht. Vor diesem Hintergrund befürworten wir den Abriss des Elefantenklos und primär die Schaffung eines Kreisverkehrs, der an den jeweiligen Ausfahrten über Zebrastreifen ebenerdig und barrierefrei gequert werden kann, alternativ eine Kreuzung ähnlich der am Berliner Platz oder Oswaldsgarten. Aus unserer Sicht könnte hierdurch nicht nur ein optischer Gewinn für das Selterstor erreicht, sondern auch die Barrierefreiheit in Gießen und der Verkehrsfluss erheblich verbessert werden.

Schule und Bildung

Die seit langem bewährte **Vielfalt der Schulformen** ist Bestandteil der Gießener Bildungslandschaft, an ihr darf nicht gerüttelt werden.

Die Stadt Gießen als Schulträger ist für den Erhalt der baulichen Substanz und das Bereitstellen der Ausstattung der Gießener Schulen zuständig. Alle Schulen haben das Recht auf eine wirkliche Gleichbehandlung bei Sanierungen und der Erstellung von Ersatzbauten. Damit alle Gießener Schulen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag in vollem Umfang gerecht werden können, muss sichergestellt sein, dass sie die dafür notwendigen **finanziellen Mittel** erhalten. **Notwendige Renovierungsarbeiten** und eine den **Erfordernissen des 21. Jahrhunderts entsprechende Ausstattung** dürfen nicht an der Verteilung der finanziellen Mittel scheitern. Bei allen Baumaßnahmen an Schulen müssen die geänderten Anforderungen an Gebäude im Rahmen geänderter akustischer Bedingungen und des Klimawandels berücksichtigt werden und Möglichkeiten für Errichtung von Fotovoltaikanlagen genutzt werden. Für alle Schulbauten der Stadt ist ein Kataster über deren Restnutzungsdauer zu erstellen.

Zur Verbesserung der Lernbedingungen müssen in den kommenden Jahren weiter verstärkt Haushaltsmittel für den Erhalt der Bausubstanz der Gießener Schulen eingesetzt werden. Bei allen Renovierungs- und Sanierungsarbeiten muss gewährleistet sein, dass künftig alle Schulgebäude Gießens für **inklusiven Unterricht** und für **flexible Lernarrangements** ausgestattet sind.

Die digitale Ausstattung der Schulen muss weiter vorangetrieben und immer auf aktuellem Stand gehalten werden. Dabei gilt es, **keine Schule zurückzulassen**. Für uns als Freie Demokraten steht eine **bedarfsorientierte Verteilung der finanziellen Mittel** an oberster Stelle, um einen Wettbewerb der Schulen untereinander und beste Bildung auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Der Ausbau der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für den **Ganztagsbetrieb** ist fortzuführen. Es ist sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, an einem Mittagstisch teilzunehmen. Eine aktive Mithilfe von Eltern und Fördervereinen ist dabei durchaus wünschenswert; die Verantwortung für den Zustand der Schulen aber trägt die Stadt allein und muss dieser auch gerecht werden.

Gießener Schulstruktur

Wir setzen uns weiter für ein breites Angebot unterschiedlicher Schulformen ein und werden diese **Vielfalt** bei der nächsten Fortschreibung des Schulentwicklungsplans erneut festschreiben. Über die Form einer Schule, ob sie als kooperative oder integrierte Gesamtschule arbeiten oder ein Gymnasium oder eine Haupt- und Realschule oder eine Mittelstufenschule sein will, entscheidet die Schulgemeinde in Abstimmung mit dem Schulträger. Dieser ist dann für die Festlegungen im Schulentwicklungsplan verantwortlich. Dem **Wunsch der Schulgemeinden** soll Rechnung getragen werden. Besonders der Schulentwicklungsplan für die gymnasialen Oberstufen und die beruflichen Schulen muss über zu kontrollierende Jahrgangsbreiten sicherstellen, dass die Vielfalt des Angebotes der Stadt erhalten bleibt.

Erhalt der Stadtteilschulen

Der Schulträger hat – in Absprache mit dem Staatlichen Schulamt – dafür Sorge zu tragen, dass die Stadtteilschulen in Gießen **in ihrem Bestand nicht gefährdet** werden. Dafür muss **Gießener Schülerinnen und Schülern garantiert** werden, die **Gießener Oberstufe ihrer Wahl besuchen zu können**. Nur durch eine solche Garantie kann erreicht werden, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler bereits zur 5. Klasse in die Innenstadtsschulen strömen.

Grundschulen

Gerade jüngere Kinder brauchen den Kontakt zu ihrem Umfeld. Grundschulen müssen **wohnnah** erhalten bleiben („Kurze Beine – kurze Wege“). Um dies zu gewährleisten, werden wir Raum- und Lehrangebot vorausschauend an die jeweilige Entwicklung der Schülerzahlen und Schulsituationen anpassen und begrüßen auch Modelle wie z.B. jahrgangsübergreifenden Unterricht. **Familienfreundliche Betreuungsangebote neben den Angeboten der Nachmittagsbetreuung durch die Schulen** bis mindestens 15:30 Uhr an allen Gießener Grundschulen ermöglichen es Eltern, berufstätig zu bleiben und ihre Kinder gut und verantwortungsvoll betreut zu wissen. Gestattungsanträgen der Eltern zur Wahl einer außerhalb des Schulbezirks liegenden Grundschule ist insbesondere dann Rechnung zu tragen, wenn sich bei Genehmigung der Schulweg verkürzt oder die Überquerung einer Hauptverkehrsstraße vermieden werden kann.

Mittelstufen

Die Umwandlung der Alexander-von-Humboldt-Schule in eine Mittelstufenschule hat sich als richtiger Schritt erwiesen und gewährleistet, dass in Gießen kein Schulstandort geschlossen wird. Wir Freien Demokraten wollen sicherstellen, dass auch zukünftig **keiner der vorhandenen Schulstandorte der Stadt Gießen geschlossen** werden muss. Dies kann nur wirklich gewährleistet werden, wenn Haupt- und Realschulen sowie berufliche Schulen und das örtliche Handwerk weiter zusammenarbeiten und die bestehenden Wege der Berufsorientierung ausbauen. Nur so kann es gelingen, einerseits Haupt- und Realschulabgängern eine faire Ausbildungschance zu eröffnen und andererseits den Nachwuchsbedarf des örtlichen Handwerks zu bedienen.

Oberstufen

Mit den unterschiedlichen Schwerpunkten bereichern die Oberstufen der allgemeinbildenden und der beruflichen Gymnasien unsere Schullandschaft und erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern und ihrer Kinder. In den Oberstufen sind die **Jahgangsbreiten im Schulentwicklungsplan festzuschreiben** und wie in der Mittelstufe einzuhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass aufgrund von zu geringen Jahgangsbreiten die Möglichkeiten der Kurswahl an einzelnen Schulen nicht zu sehr eingeschränkt werden.

Berufliche Schulen

Berufliche Schulen sind unter anderem als ein Partner im dualen System der Berufsausbildung ein wichtiger Teil des deutschen Bildungssystems: ihrer Bedeutung muss durch eine **wirklich moderne Ausstattung** Rechnung getragen werden. Dies gilt für Räume für den Fachunterricht und den allgemeinbildenden Unterricht gleichermaßen.

Bei der Ausstattung mit digitalen Medien müssen die beruflichen Schulen weiterhin Priorität haben, denn die Absolventen dieser Schulen sind diejenigen, die als erste die digitalen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt benötigen.

Im Rahmen der Diskussion der Fachklassenstandorte unterschiedlicher Ausbildungsberufe werden wir uns dafür einsetzen, dass eine große Vielfalt an schulischen Angeboten für duale Ausbildungen in Gießen erhalten bleibt. Wir Freien Demokraten sehen es in der Verantwortung des Schulträgers, Schulen, die sich als Standort für neue Berufe, neue Schulformen oder für Landes- und Bundesfachklassen bewerben, in diesem Verfahren umfänglich zu unterstützen. In diesem Kontext ist über die Errichtung eines Internats für Auszubildende – zusammen mit dem Landkreis – nachzudenken. Außerdem müssen für Schülerinnen und Schüler, die aus Gegenden ohne vernünftige ÖPNV-Anbindung kommen, Parkplätze schulnah und kostengünstig vorgehalten werden.

Inklusive Schulen / Förderschulen

Zur Vielfalt der Schulformen in Gießen gehören auch Schulen, die es Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen ermöglichen, besonders gefördert zu werden. Inklusive Schulen sollen dort **weiter** – vor allem baulich – **ausgebaut** werden, wo ein solcher Bedarf besteht. Neben dem sukzessiven Ausbau eines inklusiven Angebots an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden wir die **Förderschulen beibehalten**. Wir sehen für diese Schulen trotz der vielen Aktivitäten zur Inklusion auch in Zukunft eine Notwendigkeit, um wirklich allen Schülerinnen und Schülern ein an ihren Bedürfnissen orientiertes Angebot machen zu können. Die Entscheidung über die Schulform muss sich dabei allein am Wohl der Schülerin und des Schülers orientieren. Eine **wohnnah** Schule ist gerade für Menschen mit Behinderungen wichtig; deshalb darf es keinen Schülertourismus zu Förderschulen geben.

Ganztagsschule nach Maß

Das gute **Ganztagsangebot** in Gießen ist weiter auszubauen und nicht nur auf die Grundschule zu beschränken. Auch für die Klassen fünf und sechs aller Schulformen sind Betreuungsangebote – ergänzend zu den Angeboten der Schulen – vorzuhalten. Eine Betreuung bis mind. 15:30 Uhr ist zu gewährleisten. Neben der ganztägigen Betreuung der Schülerinnen und Schüler gehört auch die Ausstattung mit **multiprofessionellen Teams (Bibliothekskräfte, Sozialarbeiter/innen)** zu den Aufgaben des Schulträgers. Es darf auch hierbei keine Schule benachteiligt werden. Staatliche Förderprogramme sind auszuschöpfen.

Privatschulen

Wir verstehen Schulen in privater Trägerschaft als eine **Bereicherung** der Schullandschaft in Gießen.

Flexible und offene Schulbauten

Bei anstehenden Neubauten, Umbauten oder Renovierungen von Schulen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, **Schulräume flexibel und offen zu gestalten**. Eine weitere Ausstattung aller Klassenräume mit **digitalen Medien** ist dabei **ein Muss**. Gerade diese Ausstattung muss sich **an den neuesten pädagogischen Erkenntnissen orientieren** und vor allem mit den Lehrkräften der Schulen abgestimmt sein.

Daneben sind die Außenanlagen und Schulhöfe so zu gestalten und zu pflegen, dass sie für Schülerinnen und Schüler nicht nur in den Pausen attraktiv sind, sondern auch an Nachmittagen als **Spiel- und Sportraum** dienen. Die Schulhöfe sollen dabei nicht nur jugend-, sondern auch erwachsenengerecht ausgestattet werden.

Sicherzustellen ist allerdings, dass **Schulhöfe nicht zu Drogenumschlagplätzen oder Alkoholtreffs werden**. Eine Abschottung der Schulhöfe nach Unterrichtsschluss lehnen wir ab. Wir werden sie - vor allem in den Stadtteilen - zu Begegnungsstätten unter sozialpädagogischer Begleitung ausbauen.

Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen

Aufgrund der Vielfalt der Schulformen ist die Stadt Gießen auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Gießen ein interessanter Lernort. Die Gießener Schulen sind offen für diese Schülerinnen und Schüler. Allerdings haben **Jugendliche aus der Stadt Gießen Vorrang** bei der Auswahl der Schule. An den sachlichen Kosten der Ausbildung der Kinder aus dem Kreis ist der Landkreis Gießen kostendeckend zu beteiligen.

Drogen- und Gewaltprävention an Schulen

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und Drogenkriminalität nicht verschont. Viele Probleme von Jugendlichen, auch aus unterschiedlichen Herkunftsländern, werden hier offenbar. Die Schulsozialarbeit muss so ausgestaltet sein, dass eine **Anwesenheit von Sozialarbeit an allen Gießener Schulen** während der Unterrichtszeiten garantiert ist. Eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinde, Stadt und Justiz ist geeignet, Probleme wirksam zu bekämpfen und um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierbei leisten die „Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen“ (AGGAS) und die Aktion „Schule machen ohne Gewalt“ (SMOG) wertvolle Arbeit und müssen diese auch weiterhin leisten. Insbesondere zur **Prävention von Gewalt** gegen und zwischen Kindern und Jugendlichen soll jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein **geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm** absolvieren, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln.

Schulentwicklungsplanung

Alle Schulentwicklungspläne der Stadt müssen **regelmäßig fortgeschrieben** werden. Bei der Fortschreibung werden wir darauf achten, dass die **differenzierte und vielfältige Schullandschaft** in Gießen erhalten bleibt, **kein einziger Schulstandort geschlossen** wird und die erforderliche Abstimmung mit dem Landkreis Gießen stattfindet. Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, dass **Schulentwicklung auch Stadtteilentwicklung** ist. Ziel muss es sein, die Schulen noch stärker in die Stadtteile zu integrieren und für eine hohe Akzeptanz durch ein modernes Schulentwicklungsmanagement zu sorgen. Schulen mit Problemen dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Unsere Stadt muss kompetenter Ansprechpartner sein und ggf. für eine bessere personelle Ausstattung in den Schulen sorgen. Nur so können sog. Brennpunkte gelöscht und verhindert werden.

EDV-Ausstattung

Gießens Schulen verfügen schon jetzt über eine gute EDV-Ausstattung. Diese muss konsequent instandgehalten und an die technischen Entwicklungen angepasst werden. Bei der Softwareausstattung ist auf Plattformunabhängigkeit zu achten. Die Betreuung der EDV-Ausstattungen der Schulen durch die Abteilung IT an Schulen hat sich bewährt und muss verstetigt und noch weiter ausgebaut werden.

Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung

Schulleitungen haben immer mehr Verantwortung für ihre Schule, sowohl im Personalbereich als auch bei der Verwaltung staatlicher Gelder. Bei der Verwaltung der den Schulen zugewiesenen Mittel ist den Schulleitungen **mehr Selbstständigkeit** zu gewähren und Handlungsfreiheit einzuräumen. Daneben sind die seit Jahren nicht angehobenen Haushaltsmittel der Schulen sowohl im Ergebnis- wie auch im Investitionshaushalt anzupassen, um den gestiegenen Bedarfen und Preisen gerecht zu werden. Eine deutliche Vereinfachung des **Bestellwesens** (z.B. durch einen städtischen Webshop für Bedarfe der Schulverwaltung) muss sicherstellen, dass die Schulen flexibel und zeitnah agieren können, besonders auch dann, wenn es um Anschaffungen im IT-Bereich geht. Wir unterstützen ausdrücklich die Anstrengungen der Schulen, die das Angebot „Selbstständige Schule“ des Landes Hessen wahrnehmen.

Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen

An vielen Gießener Grundschulen bietet die Stadt Gießen als freiwillige Leistung Schülerbetreuung an, wenn die Schulen nicht am Ganztagsprogramm des Landes Hessen teilnehmen, um Eltern eine Vereinbarkeit von Schule und Beruf zu ermöglichen. Wir stehen für die Beibehaltung dieser kommunalen Dienstleistung zu bezahlbaren Konditionen. Durch sie kann für Eltern eine verlässliche Zeit ihrer Kinder in der Schule ergänzend zu den Angeboten der Schulen sichergestellt werden.

Volkshochschule

Die Gießener Volkshochschule leistet eine hervorragende Arbeit, insbesondere im Bereich der Integration. Dennoch ist es nur schwer zu vermitteln, warum Stadt und Landkreis Gießen zwei getrennte Volkshochschulen betreiben. Deshalb stehen wir Freien Demokraten weiter für eine **Zusammenlegung** der beiden Volkshochschulen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll zunächst die Zusammenarbeit beider Bildungseinrichtungen noch weiter intensiviert werden, bei der beide Volkshochschulen wechselseitig Aufgaben der jeweils anderen Volkshochschule mit übernehmen. Dadurch kann bereits jetzt in beiden Volkshochschulen Personal eingespart werden.

Hochschulen

Die Stadt muss ihre Chancen als Hochschulstandort und Innovationsmotor der Region weiter festigen. Insbesondere im Hinblick auf die angespannte Situation rund um den Hochschulpakt muss die Universitätsstadt Gießen erst recht hinter ihren Hochschulen stehen, denn sie sind das Aushängeschild und ein großer Anziehungspunkt junger Menschen in unserer Stadt.

Während der Vorlesungszeit kommen täglich mehrere tausend Studierende nach Gießen. Das Angebot des **ÖPNV** muss unter Berücksichtigung der Hochschuleinrichtungen weiter **verbessert** werden. Stadt und Hochschulen müssen ein gemeinsames Konzept erarbeiten, inwieweit der erforderliche **Parkraum** unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden, der Bediensteten und der Anwohner weiterhin **kostenfrei** sichergestellt werden kann und nicht noch weiter eingeschränkt werden muss.

Die **Taktung der Bus- und Bahnverbindungen** innerhalb Gießens ist im Hinblick auf die Belange der Hochschulen zu überprüfen und dabei die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und dem RMV zu suchen. Wo nötig, sind Anpassungen – insbesondere die **Angleichung der Bustaktungen an Veranstaltungszeiten und Bibliotheksöffnungszeiten** – vorzunehmen. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr zwischen den Hochschuleinrichtungen stärker auf den öffentlichen Nahverkehr verlegt wird. Die Vertreter der Stadt Gießen müssen im Aufsichtsrat des RMV auch die Interessen der Studierenden vertreten. Die Stadt Gießen muss den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Semestertickets aktiv unterstützen.

Der Ausbau der Hochschulen – insbesondere der JLU und der THM – ist zu begrüßen, um Gießen nachhaltig als starken Hochschulstandort zu erhalten. Der Platz vor dem Universitäts-Hauptgebäude erfreut sich als abendlicher Treffpunkt großer Beliebtheit. Aufgrund von Lärmbeschwerden hat die Universitätsleitung in der Vergangenheit leider die Möglichkeiten des Zusammenkommens immer weiter eingeschränkt, sei es durch Abgaben von störenden Tonfrequenzen, dem Einsetzen eines Sicherheitsdienstes oder der Montierung von Bänken, die der defensiven Architektur zuzuordnen sind. Die Stadt sollte sich der Bedeutung dieser Flächen für das öffentliche Leben bewusst sein und auf die Universitätsleitung einwirken, diese Flächen durchgehend zugänglich und attraktiv zu halten. Weiterhin sind Campuswege oftmals auch Wege Der Öffentlichkeit. Die Stadt sollte mit der Universität zusammenarbeiten, um eine Verkehrssicherheit auf den Campussen auch in der Nacht sicherzustellen.

Weiterhin soll sich die Stadt für eine stärkere Verbindung von Hochschulen und heimischen Unternehmen engagieren.

Rathaus 2.0 – digital, schlank & effizient

Arbeitsabläufe in der Stadtverwaltung müssen dringend effektiver, digitaler und kostensparender gestaltet werden. In den letzten Jahren sind mit der Bevölkerungsanzahl unserer Stadt auch die Fallzahlen von u.a. Servicedienstleistungen innerhalb der städtischen Ämter gewachsen. Dies und die angeblich durch die Digitalisierung zu erwartenden Mehraufgaben wurden in den vergangenen Jahren immer wieder als Begründung für die Schaffung zahlreicher neuer Stellen innerhalb der Stadtverwaltung angeführt. Dabei steht allerdings der Anstieg der Bevölkerungszahlen und die Anzahl der neu geschaffenen Stellen in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander.

Inzwischen platzt das Rathausgebäude buchstäblich aus allen Nähten, Büros werden doppelt besetzt und ein kostenintensiver Neubau auf dem „Blecher-Gelände“ wurde als zusätzliche Außenstelle geschaffen.

Wir Freie Demokraten möchten eine Verwaltung, die (auch personell) im Stande ist, ihre Aufgaben problemlos zu bewältigen und als Servicedienstleister für die Bürgerinnen und Bürger agiert. Aber der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern erfordert auch, die Verwaltung möglichst effizient und schlank zu halten, damit Mittel für Investitionen in die Zukunft und zum Abbau der Verschuldung vorhanden bleiben. Insbesondere hier bietet die Digitalisierung große Chancen, Ressourcen zu schonen, Vorgänge zu digitalisieren und Abläufe zu automatisieren. Eine gelungene Digitalisierung reduziert den Personalbedarf und bläht diesen nicht zusätzlich auf. Dies ist vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage dringend erforderlich, um eine Reduzierung des überbordenden Stellenplans erreichen zu können. Hier scheint es ein grundlegendes Missverständnis der Stadtregierungen der letzten 15 Jahre zu geben. Die bis heute verschleppten Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung wurden uns allen insbesondere durch die Corona-Pandemie vor Augen geführt und sind nicht mehr zu rechtfertigen. Gießen hat längst den digitalen Anschluss verloren und es wird Zeit, dass sich dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung selbst ändert.

E-Government

Während die Gießener Bürger längst im 21. Jhd. angekommen sind, erweckt die Gießener Verwaltung den Eindruck, dass sie im 20 Jhd. steckengeblieben ist.

Um Gießen fit für die Zukunft zu machen, wollen wir Freien Demokraten, dass die Bürger sämtliche Behördengänge online erledigen können. Dies ist bis heute nicht der Fall. Um Missbrauch vorzubeugen, soll die Verifizierung durch den E-Personalausweis erfolgen. Hierbei dürfen bislang analoge Verfahren allerdings nicht bloß online gestellt werden, sondern es bedarf vielmehr einer prozessoptimierenden, flächendeckenden Digitalstrategie für die städtische Verwaltung. Ziel muss es sein, dass zum einen innerhalb der Verwaltung digital gearbeitet wird, aber auch, dass es jeder Bürgerin und jedem Bürger möglich ist, seine Behördengänge unkompliziert online erledigen zu können.

Online-Terminbuchung & Videoberatung

Über die Möglichkeit Behördengänge vollständig online erledigen zu können hinaus sollen alle persönlichen Termine bei allen Ämtern – nicht nur im Bürgerbüro – online gebucht werden können, um lange Wartezeiten zu verkürzen und den Verwaltungen Planungssicherheit zu geben sowie den gesamten Verwaltungsablauf zu beschleunigen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass soweit ein persönliches Erscheinen nicht zwingend erforderlich ist, der jeweilige Termin auch im Rahmen eines Online-Video-Chats erfolgen kann. Auch dabei ist eine Verifizierung über den Online-Personalausweis oder aber auch durch Vorhalten des regulären Ausweisdokumentes möglich. Insgesamt soll dadurch der Publikumsverkehr innerhalb des Rathauses auf die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger notwendigen Termine beschränkt werden.

Internetauftritt der Stadt Gießen

Die Stadt Gießen hat inzwischen einen grundsätzlich akzeptablen Internetauftritt. Wir fordern diesen parallel zur Gießen App weiterzuentwickeln. So soll auch hier ein interner Bereich für alle Gießenerinnen und Gießener implementiert werden, wo bspw. die Instrumente zur Bürgerbeteiligung (vgl. Kapitel Bürger- und Jugendbeteiligung) zu finden sind. Im Aufbau soll dieser Bereich und jener innerhalb der Gießen App möglichst ähnlich strukturiert werden. Weiterhin soll eine Portallösung realisiert werden, die die beiden Auftritte von Stadt und Gießen Marketing zusammenfügt und die differenzierte Darstellung von Ämtern und Unternehmen ermöglicht. Ein benutzerfreundlicher Internetauftritt soll den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung selbst dienen und einen direkten Zugang zu allen Ämtern ermöglichen. Die Nutzung der überwiegend kostenlosen sozialen Medien soll durch die Stadt forciert werden.

In Gießen finden sehr viele Veranstaltungen statt, leider oft zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten. Es mangelt an Koordination. Zur terminlichen Abstimmung wollen wir bei der Gießen Marketing GmbH und damit im neugeschaffenen gemeinsamen Portal einen Veranstaltungskalender vorhalten, in dem nicht nur alle städtischen Veranstaltungen eingetragen werden, sondern in den sich auch alle privaten (insb. Vereine) und kommerziellen Veranstalter eintragen können (interaktive Nutzung). Auf diese Weise genügt ein Blick in diesen Veranstaltungskalender, um „Veranstaltungsschwerpunkte“ zu erkennen und Überschneidungen zu vermeiden. Ein solcher Veranstaltungskalender wäre zudem ein verlässliches Planungsinstrument für alle Freizeitaktivitäten. Auch dieser soll öffentlich innerhalb der Gießen App zu finden sein, um die dort bereits vorhandenen Veranstaltungshinweise zu ergänzen.

Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Jede städtische Aufgabe gehört auf den Prüfstand, ob sie heute noch von der öffentlichen Hand erfüllt werden muss. Die Vergabe öffentlicher Aufgaben an Dritte ist in allen Bereichen ebenso vorbehaltlos zu prüfen, wie die Einbeziehung Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die bis heute erfolgten Privatisierungen sollen grundsätzlich beibehalten werden. Die Erweiterung des wirtschaftlichen Engagements der Kommune muss kritisch geprüft werden. Wirtschaftsunternehmen der Stadt sind daraufhin zu überprüfen, ob sie ganz oder teilweise in alleiniger öffentlicher Hand bleiben müssen.

Bürger- und Jugendbeteiligung

Kein Politikbereich betrifft die Bürger so unmittelbar wie die Kommunalpolitik. Umso wichtiger ist, dass es für alle geeignete Partizipationsmöglichkeiten gibt. Die Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt Gießen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass die darin festgelegten Mitwirkungsmöglichkeiten bislang nur von wenigen Gruppen und Einzelpersonen genutzt werden. Dennoch begrüßen wir ausdrücklich die beabsichtigte Bürgerbeteiligung und fordern ihre Weiterentwicklung im politischen Handeln, beispielsweise durch die Nutzung der Chancen, die die Digitalisierung bietet. Für uns ist Bürgerbeteiligung keine Floskel, sondern sie muss gelebt werden.

Livestream der Stadtverordnetenversammlung

Bürgerbeteiligung erfordert Transparenz. Nur wenn sich die Bürger ausreichend und direkt informieren können, können sie vernünftige Entscheidungen treffen. Auch deshalb fordern wir seit Jahren und so auch weiterhin, unverzüglich einen **Online-Livestream der Stadtverordnetensitzungen** der Stadt Gießen einzuführen. Dieser ermöglicht es jedermann, einfach und unkompliziert die aktuellen kommunalpolitischen Debatten zu verfolgen. Die mit den Persönlichkeitsrechten der Stadtverordneten begründete wiederholte Ablehnung eines solchen Mittels können wir nicht nachvollziehen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Personen, die für ein öffentliches Amt kandidieren und in öffentlichen Sitzungen als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Gießener Bevölkerung auftreten, auch akzeptieren müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Redebeiträge und Abstimmungen möglichst einfach und barrierefrei verfolgen können. Für Personen in öffentlichen Ämtern in öffentlichen Sitzungen müssen für die Persönlichkeitsrechte andere Maßstäbe gelten als für den „normalen“ Bürger. Was längst im Kreistag des Landkreises Gießen möglich ist, muss auch im Stadtparlament der Stadt Gießen möglich sein.

Bürgerbeteiligung 2.0 – Barrierefrei und digital

Bürgerbeteiligung muss einfacher und barrierefreier werden, damit möglichst alle Gießenerinnen und Gießener partizipieren können. Als Plattform soll dabei die „Gießen App“ dienen, sodass künftig Bürgerbeteiligung auch bequem mit dem Smartphone möglich sein wird. Ebenfalls in die „Gießen App“ soll der städtische **Mängelmelder** integriert werden, durch den Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum beobachtete Mängel aller Art (Schmierereien, Verschmutzung, Müll etc.) melden können und im Nachgang über deren Beseitigung beispielsweise durch Push-Nachricht informiert werden. Darüber hinaus soll analog zum Mängelmelder eine weitere, im Vergleich zu den Instrumenten der Einwohnerbeteiligungssatzung, niedrighschwellige Form der Bürgerbeteiligung implementiert werden: Künftig soll es den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur möglich sein, Mängel der öffentlichen Ordnung zu melden, sondern auch **Verbesserungsvorschläge und Ideen für die Stadtgestaltung** einzubringen und auch die Ideen anderer positiv zu bewerten, um ihnen ein besonderes Gewicht zu verleihen. Darüber hinaus müssen auch die Rahmenbedingungen für Bürgerentscheide als das direkteste Mittel der Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Diese sollen ebenfalls online (und nur soweit nicht anders möglich analog) durchgeführt werden, um Kosten zu sparen und Partizipation zu erleichtern. Auch hierbei ist es erforderlich, dass künftig jede Gießenerin und jeder Gießener ab 14 Jahren entsprechende Zugangsdaten erhält, die sicherstellen, dass sich daran nur Bürgerinnen und Bürger der Stadt beteiligen können.

Ein Update für die Gießen App – „Rathaus To-Go“

Auch mit Blick auf die vorstehenden Ausführungen bedarf die Gießen App eines größeren Updates, insbesondere auch zur Einrichtung eines durch Log-In geschützten **„internen Bereichs“** für die Gießenerinnen und Gießener, wo sie die oben angeführten Instrumente der Bürgerbeteiligung finden können. Weiterhin soll mit der App verstärkt **über das politische Geschehen in der Stadt informiert werden**. Die Möglichkeiten zur Nutzung des **„Digitalen Rathauses“** sind ebenfalls in die App zu implementieren.

Künftig soll es daher möglich sein, dass jede Gießenerin und jeder Gießener, insbesondere auch die Neubürgerinnen und -bürger unserer Stadt, einfach und übersichtlich über die Gießen App alle wichtigen Informationen rund um das Stadtgeschehen erhalten können. **Die Notwendigkeit des physischen Besuches im Rathaus soll daher die Ausnahme sein.** Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Studierendenzahl in Gießen soll auch die Zusammenarbeit mit den Gießener Hochschulen intensiviert werden, sodass über die Gießen App auch möglichst einfach auf die **Angebote der Hochschulen** (interne Bereiche, Speisepläne, Bibliotheksöffnungszeiten, Bücherausleihe, Fahrradausleihe etc.) zugegriffen werden kann. Dies soll sich nicht nur auf eine bloße Verlinkung zu den Homepages der Hochschulen beschränken, sondern vielmehr muss es das Ziel sein, dass die App möglichst viele Angebote innerhalb der Stadt zusammenfasst und daher einen echten Mehrwert liefert. Um die Gießen App weiter bekannt zu machen, soll durch die Stadt auch verstärkt auf ihre Existenz und ihren Mehrwert im Rahmen des Marketings hingewiesen werden.

Kinder- und Jugendparlament – „Mehr Demokratie wagen!“

Ebenso wie die Weigerung der Regierungskoalitionen der letzten 15 Jahre gegen die Einführung eines Livestreams bleibt uns Freien Demokraten auch die Ablehnung eines Kinder- und Jugendparlaments völlig unverständlich. Insbesondere das Programm „Jugend im Rathaus“ kann hierfür kein Ersatz sein. Wir möchten nicht, dass sich **Jugendbeteiligung** darauf beschränkt, Jugendliche durch das Rathaus zu führen und sie Fragen an die Kommunalpolitikerinnen und -politiker stellen zu lassen, sondern wir möchten sie – buchstäblich – beteiligen. Daher setzen wir uns dafür ein, in Gießen die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Jugendbeteiligung durch ein **Kinder- und Jugendparlament** nach Vorbild des Vogelsbergkreises zu ermöglichen. Hierzu sollen alle Kinder und Jugendlichen ab dem Alter von 12 Jahren in einem Turnus von 2 Jahren aufgerufen werden, sich aktiv oder passiv an der Wahl einer eigenen Interessenvertretung zu beteiligen. Das hieraus entstehende Kinder- und Jugendparlament soll durch den Magistrat der Stadt Gießen aktiv bei seiner Arbeit unterstützt werden. Darüber hinaus soll einem durch das Kinder- und Jugendparlament gewählten Vertreter oder einer Vertreterin Rederecht sowie dem Jugendparlament als Gremium Antragsrecht im Rahmen der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung verliehen werden, sodass zwischen dem Kinder- und Jugendparlament und dem Gießener Stadtparlament eine unmittelbare Schnittstelle entsteht. Hierdurch werden bereits früh demokratische Prinzipien vermittelt und den Kindern und Jugendlichen eine Einflussmöglichkeit auf die Politik ihrer Stadt eingeräumt.

Planspiel „Politik hautnah“

Ergänzend zum Kinder- und Jugendparlament soll einmal im Jahr ein Planspiel „Politik hautnah“ im Stadtverordnetensitzungssaal mit Jugendlichen der Jahrgangsstufe 9 stattfinden. In dessen Rahmen soll mit den Teilnehmern an einem Samstag die **Arbeit im Parlament simuliert** werden. Per Zufall in unterschiedliche Fraktionen aufgeteilt, bietet sich so die Möglichkeit, den Politikbetrieb kennenzulernen, die Kinder und Jugendlichen für politische Partizipation zu begeistern und dem politischen Bildungsauftrag nachzukommen.

In diesem Kontext soll auch auf das Kinder- und Jugendparlament hingewiesen werden, um das Interesse hieran zu wecken. Organisation und Durchführung sollen in enger Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendparlament erfolgen, idealerweise mit Unterstützung durch das Stadtverordnetenbüro.

Sport

Keine Gesellschaft kann auf die Arbeit von Sportvereinen verzichten. Die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen trägt wesentlich zu der Gesunderhaltung der Bevölkerung und zur Integration aller gesellschaftlichen Gruppen bei. Sie verdient deshalb die ausdrückliche Unterstützung von uns Freien Demokraten.

Deshalb sollen unter Berücksichtigung der vielfältigen positiven Leistungen der Sportvereine und des Gießener Anspruchs, eine Sportstadt zu sein, die Ausgaben für Sportförderung in Zukunft auf mindestens 1% der Gesamthaushaltssumme angehoben werden.

Auch darf die Arbeit der Sportvereine nicht durch unnötige bürokratische Regularien erschwert werden.

Der Förderung des Jugendsports soll auch in Zukunft eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

Sportanlagen

Die städtischen Sportanlagen sind weiterhin den Sportvereinen **kostenfrei** zur Verfügung zu stellen. Dabei sind bestehende **bürokratische Hemmnisse** bei der Nutzung städtischer Sportanlagen durch Vereine, z.B. in Ferienzeiten, **abzubauen**. Eigeninitiativen der Vereine zur Erhaltung und Schaffung ihrer Sportanlagen werden vorrangig gefördert. Bei Instandsetzungsmaßnahmen von Sportplätzen sind dabei **Folgekosten** angemessen zu **berücksichtigen**. Die städtischen Sportanlagen werden gemäß der Prioritätenliste für den kommunalen Sportstättenbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten saniert. Auch der **vereinseigene Sportstättenbau soll gemäß der Prioritätenliste gefördert werden**. Dabei soll die städtische Sportförderung als Anteil der sogenannten Drittel-Finanzierung durch Verein, Stadt und Land **in der Regel 30%** betragen.

Der **Sportplatz in Lützellinden** soll **erhalten** und den interessierten Sportvereinen als Trainingsstätte **kostenfrei** zur Verfügung gestellt werden.

Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden müssen erhalten und attraktiver werden

Die Stadtwerke Gießen (SWG) als Träger der städtischen Badebetriebe haben sich in 2025 durch eine Kürzung der ohnehin schon knappen Öffnungszeiten der Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden den berechtigten Zorn der dortigen Bevölkerung zugezogen; es wird eine dauerhafte Schließung befürchtet.

Anstatt weiter dürre Lippenbekenntnisse zum Erhalt dieser für Jung und Alt enorm wichtigen Freibäder abzugeben, sollten die SWG nach Auffassung der Freien Demokraten u.a. das von der Landesregierung fortgeführte Programm „SWIM“ dazu nutzen, die **Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden attraktiver und zukunftssicher** zu machen.

Schulsporthallen zügig sanieren und ausbauen

Die Doppelturnhalle in Gießen war seit Anfang 2019 aus statischen Gründen gesperrt. Das war für die Liebigschule als Partnerschule des Leistungssports und regionales Talentzentrum eine Katastrophe. Dieses Dilemma, an dem der grün-rote Magistrat jahrelang gescheitert ist, konnte zum Glück jetzt durch das auch von den Freien Demokraten unterstützte Engagement eines privaten Bauträgers im neuen Schuljahr behoben werden.

Aber Sportvereine und andere Schulen sind nach wie vor durch den offenbar gewordenen **Mangel an Hallenkapazitäten** in ihrer Arbeit massiv beeinträchtigt. In Gießen fehlen aktuell mindestens drei Dreifelderhallen.

Deshalb soll im Rahmen des zu erwartenden kommunalen Investitionsprogramms endlich der eklatante Mangel an Hallenkapazitäten für den Schulsport und die sporttreibenden Vereine behoben werden. Dabei soll als Erstes die seit Jahren von uns Freien Demokraten geforderte **Schulsporthalle für die beruflichen Schulen** in der Innenstadt realisiert werden.

Täglichen Sportunterricht an Grundschulen ermöglichen

Wir Freien Demokraten Gießen werden interessierte Gießener Grundschulen, die sachlich und fachlich in der Lage sind, täglichen Sportunterricht einzuführen, in ihrem Anliegen unterstützen.

Sportentwicklungsplanung

Auf jahrelanges Drängen der Freien Demokraten ist im Jahr 2025 von der Stadtverordnetenversammlung zumindest für die **ungedeckten Sportanlagen** in Gießen ein **Sportentwicklungsplan** vorgelegt worden. Dieser weist für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Sportstätten und die Optimierung vorhandener Einrichtungen einen **Investitionsbedarf von minimal 35 Mio. € bis 2040** auf. Die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung sollte ohne unnötige Verzögerung begonnen werden und macht die einleitend erwähnte Erhöhung der Sportförderung auf 1% der Gesamthaushaltssumme und die Erhöhung der Liquidität im Haushalt durch Delegation des gesetzlichen Teils der Jugendhilfe an den Landkreis Gießen erforderlich.

Sporthistorische Stadtroute Gießen

Das vorliegende überwiegend ehrenamtlich erarbeitete und bereits im Jahre 2022 von der FDP-Fraktion beantragte Konzept für eine "Sporthistorische Stadtroute Gießen" soll nun endlich umgesetzt werden. Dadurch können - wie bereits in Leipzig verwirklicht - bedeutsame Stätten der Gießener Sportgeschichte wie zum Beispiel das Volksbad oder die Doppelturnhalle in dauerhafter Erinnerung bleiben. Auch touristisch kann Gießen durch eine sporthistorische Stadtroute attraktiver werden, wenn diese bei internationalen Jugendbegegnungen oder überregionalen Sportveranstaltungen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt werden wird.

Private Sport-Events unterstützen

Den Sporttreibenden muss es auch in Zukunft – unter Berücksichtigung angemessener Umweltauflagen – möglich sein, die Natur für sportliche Zwecke zu nutzen, wie z.B. die Lahn bei der traditionellen Pfingstregatta. Wir Freien Demokraten begrüßen **privat organisierte Sportveranstaltungen** wie Run'n'Roll for Help, Tuesday-Night-Skating, Drachenbootrennen oder das Radrennen rund um das Stadttheater. Die Stadt wird aufgefordert, auch künftig – soweit möglich – geeignete Flächen hierfür zur Verfügung zu stellen.

Spitzensport

Wir Freien Demokraten setzen uns weiterhin für die Belange des Spitzensports in Gießen ein; das gilt sowohl für Vereine wie für Individualsportler. Der von einer großen Fangemeinde, Gesellschaftern und Sponsoren getragene Gießener Bundesliga-Basketball ist eine der wenigen Möglichkeiten für die Stadt Gießen, auch überregional positiv wahrgenommen zu werden. Die Schaffung besserer **Voraussetzungen für die Heimspiele der „Gießen 46ers“** ist deshalb eine Aufgabe, der sich die Stadt Gießen intensiv widmen muss. Inzwischen ist es höchste Zeit, entweder die **Sporthalle Gießen-Ost massiv zu ertüchtigen und in der Kapazität zu erweitern**, oder endlich die Errichtung einer ausreichend großen **Multifunktionsarena** in Angriff zu nehmen, die der Stadt auch über den Sport hinaus im Standortwettbewerb den dringend notwendigen Auftrieb geben kann.

In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen von Vereinen, Verbänden und des Sportkreises Gießen zur Errichtung eines Nachwuchsleistungszentrums zu unterstützen.

Unverzüglich abzustellen ist der skandalös nachlässige Umgang der Stadt Gießen mit zwingend notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung des Spiel- und Trainingsbetriebes in der Osthalle (Ersetzung des defekten Brandschutzvorhanges, Sicherstellung ausreichender Beheizung im Winterhalbjahr).

Jugendaustausch

Konkrete Projekte wie beispielsweise internationale Jugendaustausche mit Sportlern aus den Partnerstädten Gießens werden von uns Freien Demokraten unterstützt.

Werbemöglichkeiten für Sportvereine

Die Gießener Sportvereine sind bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen durch Aufstellungsschilder, öffentliche Aushänge sowie durch Veröffentlichungen im Veranstaltungskalender und Internet ebenso zu unterstützen wie indirekt über die finanzielle Unterstützung für die Geschäftsstelle des Sportkreises Gießen und durch die Vermittlung von potenziellen Sponsoren und Trainern im Jugendbereich.

Senioren

Der demographische Wandel bleibt ein Zukunftsthema für die gesellschaftliche Entwicklung. Hier muss die Stadt Gießen Mittel und Wege finden, eine **lebenswerte Stadt für alle Altersgruppen** zu bleiben.

Wir wenden uns gegen eine Rundum-Versorgung der Menschen durch soziale Institutionen und einen damit einhergehenden faktischen Entmündigungsprozess. Ältere Menschen leisten in dieser Gesellschaft noch viel.

Sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszugrenzen, hieße auf mannigfache Fähigkeiten und Erfahrungen zu verzichten. Jüngere Menschen können von den Erfahrungen der Senioren profitieren, so wie Senioren vom Elan und von neuen Ideen der Jungen. Viele ältere Mitbürger wollen ein **Miteinander aller Generationen**.

Politik muss dazu beitragen, den Dialog der Generationen zu fördern und auszubauen, damit die Erfahrungen älterer Menschen nicht verloren gehen. Nur so kann die Trennung der Gesellschaft in Gruppen vermindert und gegenseitige Hilfe auf Dauer gesichert werden.

Wir Freien Demokraten verschließen nicht die Augen vor den unvermeidbaren altersbedingten Einschränkungen, setzen aber vor die Heim-Versorgung die Hilfe zur möglichst langen Selbständigkeit.

Altenhilfeplanung

Alle kommunalen Planungen, wie z.B. Weiterentwicklung des ÖPNV, Parkmöglichkeiten, Bebauungsplanung, Gesundheitsversorgung etc., müssen die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten mit einem zunehmenden Anteil älterer Menschen berücksichtigen.

Angesichts veränderter Familienstrukturen muss die Seniorenpolitik **flexible, bedarfsorientierte Projekte der ambulanten und stationären Pflege** anbieten sowie **alternative Betreuungsangebote** entwickeln. Der **Altenhilfeplan** für die Stadt Gießen muss deshalb auch in Zukunft laufend **fortgeschrieben** werden. Er muss die demographische Entwicklung berücksichtigen und für alle Handelnden im heimischen Raum Impulse setzen.

Gießen verfügt über eine Vielzahl von **Angeboten** für Senioren, die jedoch **transparenter zu bündeln** sind. Die *BeKo (Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen in der Stadt und im Landkreis Gießen)* hat sich als zentrale Anlaufstelle für Ältere, körperlich, psychisch und geistig Beeinträchtigte sowie deren Angehörige etabliert, muss aber auch durch verstärkte Nutzung ehrenamtlichen Potenzials ihr Angebot verbessern. Sie sollte über alle Aktivitäten staatlicher und privater Institutionen informieren können.

Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen

Gerade Seniorinnen und Senioren sind zur Teilhabe am öffentlichen Leben auf Barrierefreiheit in allen Bereichen der Öffentlichkeit angewiesen; **wo sie noch fehlt, muss sie geschaffen werden**. Dies betrifft die unmittelbare Umgebung von Alten- und Pflegeheimen, die Fußgängerzonen, die öffentlichen Verkehrswege mit Straßen, Gehwegen und Kreuzungen, den Botanischen Garten, die Stadtverwaltung und auch Friedhöfe, Museen und das Stadttheater.

Bildungsangebote für Senioren

Neben dem bewährten Angebot der Seniorenuniversität soll sich die Stadt bemühen, spezielle Angebote anderer Einrichtungen wie etwa der Technischen Hochschule Mittelhessen und der Vereine, anzuregen. Gleichzeitig soll das **Wissen der Senioren** auch zum **gemeinsamen Lernen** der Generationen genutzt werden.

Wohnen für Senioren

Altengerechtes Wohnen ist für ältere Bürger ein unverzichtbares Thema, denn mit zunehmendem Alter ist oftmals auch bei noch aktiven Senioren die Mobilität eingeschränkt. Sie wollen in vertrauter Umgebung wohnen, selbständig leben und solange wie möglich unabhängig bleiben.

Die Stadt soll mit allen Trägern des sozialen Wohnungsbaus und soweit möglich mit privaten Bauherren **Zielvereinbarungen** treffen, um **barrierefreies Wohnen** zu fördern. Projekte, bei denen **Studierende kostenfrei bei Seniorinnen und Senioren wohnen können und diese im Gegenzug bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen**, sind zu fördern.

Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen

Wir Freien Demokraten möchten, dass gerade ältere Menschen **so lange wie möglich in ihren Wohnungen und bei ihren Familien leben können**. Wo dies nicht mehr möglich ist, muss eine **qualifizierte stationäre Betreuung** gesichert sein. Hier unterstützen wir das Engagement aller Träger. Familien, die bedürftige Angehörige pflegen, müssen entlastet werden. Einrichtungen der Tagespflege können hier Abhilfe schaffen.

Seniorenport

Sportliche Aktivitäten und körperliche Fitness sind aus unserer Sicht kein Privileg der Jungen. Gerade im fortgeschrittenen Alter leistet der Sport einen großen Beitrag zur Erhaltung von Gesundheit und Lebensfreude. **Spezielle Angebote der Vereine sind daher zu fördern**, u.a. durch Bereitstellen geeigneter Übungsräume. Mit Blick auf den demographischen Wandel sollen in geeigneten Wohngebieten vorhandene Kinderspielplätze zu Mehrgenerationenplätzen, die Spielgeräte für Kinder mit Sportgeräten für Erwachsene verbinden, erweitert werden.

Integration, Inklusion, Familie und Soziales

Gießens Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur bringt erhebliche soziale Lasten für die Stadt mit sich. Sozialpolitische Maßnahmen allein können diese Situation nicht ändern. Eine grundlegende Verbesserung der Sozialstruktur in Gießen kann nur durch eine **bessere Wirtschaftsstruktur** erreicht werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss sich unser soziales Netz bewähren. Dabei streben wir eine möglichst effiziente Erbringung sozialer Leistungen an. Dies kann nur durch eine enge Zusammenarbeit der Stadt mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen sozialen Initiativen erreicht werden. Ziel unserer Sozialpolitik bleibt dabei die **Hilfe zur Selbsthilfe**.

Die **Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft**. In Anbetracht der demographischen Entwicklung müssen deshalb in Gießen weiterhin **Anreize für die Gründung und Ansiedlung junger Familien** geschaffen werden. Neben den "traditionellen" Erziehungsaufgaben muss sich die Familie immer mehr der Konfliktbewältigung stellen. Gewalt, Drogenmissbrauch und Kriminalität sind Probleme, die die Familien oft nicht allein bewältigen können; sie bedürfen hierzu unserer angemessenen Hilfe.

Der **Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren** ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Kinder und Jugendliche brauchen außerdem unsere Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Freizeit und ihres Umfeldes, damit sie Konfliktsituationen bewältigen lernen und Eigeninitiative sowie Verantwortungsbewusstsein entwickeln können.

Gebührenfreies Kindergartenjahr

Die von SPD und Grünen veranlasste Neuauflage der Gebührenstaffel führte einerseits zu einer generellen Gebührenerhöhung und andererseits zu einer Gebührenpflicht des bisher beitragsfreien letzten Kindergartenjahres. Es handelt sich um einen sozialpolitischen Skandal ersten Ranges, den wir entschieden ablehnen. Wir möchten Wissensdurst und Aufnahmebereitschaft der Kinder vor der Schulzeit nutzen und fördern. Als erster Schritt steht dabei die **Rückkehr zum bisherigen beitragsfreien Jahr**. Darüber hinaus dürfen weitergehende Entlastungen keinen Denkverboten unterliegen, sondern müssen geprüft werden. Damit kann für alle Gießener Kinder eine verbesserte Chancengleichheit am Beginn des Bildungsweges erreicht werden.

Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung

Die Betreuungsmöglichkeiten in Gießener Kindertagesstätten sind durch zusätzliche Plätze für unter dreijährige Kinder und für Grundschulkinder bis zum 6. Schuljahr ausgebaut worden und werden weiter ausgebaut. In manchen Stadtteilen sind die Kita-Kapazitäten (insbesondere die U3-Betreuung) bereits ausgeschöpft und es fehlen zurzeit ca. 500 Kita-Plätze in Gießen. Wir werden daher den **weiteren Ausbau eines breiten Angebotes von kommunalen und freien Kindertageseinrichtungen** vorantreiben. Eventuell notwendige zusätzliche Finanzmittel muss das Land Hessen im Rahmen der erlassenen Bundesgesetze der Universitätsstadt Gießen entsprechend des nachgewiesenen Bedarfs zuweisen. Das qualitativ hochwertige Niveau der Betreuungseinrichtungen ist durch die Möglichkeit zur Teilnahme an entsprechenden **Fortbildungs- und Spezialisierungsmaßnahmen** sowie durch eine **ausreichende personelle Ausstattung** sicherzustellen. Die Verbesserung der vorschulischen Bildung wird von uns auch im Hinblick auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund als zwingend notwendig angesehen. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll der Weg der Modularisierung und Flexibilisierung der Angebote in Kindertagesstätten weitergegangen werden. Die **Öffnungszeiten** der Kitas müssen **an die Lebenswirklichkeit der Menschen angepasst** werden. Ziel muss es sein, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Auch Angebote von freien und privaten Trägern sollen weiterhin gefördert werden.

Die Elternpartizipation muss durch **regelmäßige Besetzung des Stadtelternbeirats** für die städtischen Kitas und möglichst auch für die Kitas der freien Träger gestärkt werden.

Jugend- und Schulsozialarbeit

Jugendliche mit Problemen benötigen Hilfe, damit sie im schlimmsten Fall nicht in Sucht und Kriminalität abgleiten. In **Jugendtreffs und Gemeinschaftszentren** freier Träger müssen gefährdeten Jugendlichen weiterhin vielfältige **Hilfen** angeboten werden, die den jungen Menschen Perspektiven eröffnen. Es muss Aufgabe der Kommune sein, Träger der freien Wohlfahrtspflege zu unterstützen.

Dies gilt insbesondere bezüglich der Abklärung des Bedarfs an zusätzlichen Jugendtreffs in den bislang unversorgten Stadtteilen. Grundsätzlich ist **dezentralen, im sozialen Umfeld angesiedelten Angeboten Vorrang einzuräumen und ein erfolgsorientiertes, integratives Konzept zu entwickeln.**

Bei Konfliktsituationen zwischen Jugendlichen und Anwohnern wegen **informeller Jugendtreffs ist auch zu sogenannten „Unzeiten“ die aufsuchende Jugendsozialarbeit** verstärkt einzusetzen. Viele Probleme werden zuerst in den Schulen offenbar. Daher muss Sozialarbeit, die diese Probleme aufgreift, in den Schulen stattfinden und personell dem Bedarf entsprechend ausgestattet werden. An allen Schulen sind deshalb Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit Vereinen und freien Trägern auszubauen.

Kinder- und Jugendspielplätze

Die Spielplätze der Stadt Gießen sind nach wie vor ständig auf ihre **Sicherheit und Sauberkeit** zu überprüfen. Neben den vorhandenen, häufig eher für kleinere Kinder geeigneten Plätzen, müssen **bei Renovierung und Neubau** je nach demographischer Struktur des Sozialraums auch die Wünsche älterer Kinder und Jugendlicher beachtet werden. Bei diesen Maßnahmen ist der tatsächliche Bedarf im nachbarschaftlichen Umfeld zu berücksichtigen. Bei den Spielplätzen für kleinere Kinder soll auf die **Ausstattung mit Babyschaukeln** ebenso wie auf die Schaffung eines **Wasserspielplatzes in jedem Stadtteil** geachtet werden.

Verbandliche Jugendarbeit

Die Jugendarbeit in den Verbänden und Vereinen ist auch weiterhin zu fördern. Dies gilt gleichermaßen für den Stadtjugendring, die musiktreibenden Vereine wie auch für die Sportvereine. Daneben bedarf auch die Jugendarbeit der Feuerwehren und anderer am Gemeinwohl orientierter Gruppen besonderer Unterstützung. Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Freizeitgestaltung, sondern fördern in erheblichem Maße das Verantwortungsbewusstsein gerade älterer Jugendlicher.

Jugendpflege und Ferienpass

Die Ferienpassaktion der Stadt soll in Zusammenarbeit mit Vereinen, Handel und Gewerbe weiter ausgebaut werden. Damit das Angebot weiterhin möglichst vielfältig und für Kinder und Jugendliche aus allen Schichten der Bevölkerung interessant ist, sollen durch **verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen** gemeinsame Angebote entwickelt werden.

Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich

Die Novellierung des SGB VIII (KJHG) mit dem Ziel des verbesserten Kinderschutzes hat erwartungsgemäß zu einem zusätzlichen finanziellen Aufwand im Bereich der bereits jetzt den städtischen Haushalt stark belastenden Ausgaben der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe geführt.

Unabhängig von unserer, die Trägerschaft der gesetzlichen Jugendhilfe an den Landkreis Gießen zurückzugeben, ist es angesichts der Haushaltslage notwendig, die Effizienz der Abläufe und der eingesetzten Hilfen weiter zu verbessern.

Die wiederholte Testatsverweigerung des Revisionsamtes für den städtischen Jahresabschluss aufgrund intransparenter Verwendung von Haushaltsmitteln durch das Jugendamt zeigt die Notwendigkeit einer **Organisationsberatung im Jugendamt** und der **Neubesetzung des Jugenddezernates** auf.

Ziel dieser Beratung ist der möglichst effektive Einsatz von Mitteln und die Verschlinkung von Abläufen, z.B. im Bereich der Tagesbetreuung oder der Betreuung junger Erwachsener, um auch bei hohen Fallzahlen die Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherzustellen.

Die drei Säulen effektiver Jugendhilfe sind **Gesundheit, Arbeit und Kriminalprävention**. Deshalb streben wir eine **verbesserte Vernetzung** von Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Berufsförderung (GIAG) und Institutionen der Kriminalitätsprävention an. Im Bereich der Jugendhilfe der Stadt und des Landkreises Gießen sollen Synergieeffekte optimal genutzt werden.

Leon-Hilfe-Inseln

Die Freien Demokraten wollen nach wie vor, dass sich die Universitätsstadt Gießen am Projekt „Leon-Hilfe-Inseln“ der hessischen Polizei beteiligt. Diese in erster Linie in der Innenstadt einzurichtenden Hilfe-Inseln sollen wichtige Anlaufstellen für Kinder sein, wenn sie sich in Gefahr befinden, von Fremden angesprochen werden, sich verlaufen haben oder es ihnen aus anderen Gründen nicht gut geht. Dieses Projekt, das aus Sicht der Liberalen ein Baustein bei der Prävention von Übergriffen gegen Kinder darstellt und den Weg von Kindern zu Schulen und Kitas sicherer machen kann, ließe sich unter Beteiligung der Stadtmarketing GmbH mit relativ geringem finanziellem Aufwand für die Stadt realisieren.

Jugendwerkstatt e.V.

Wir begrüßen die Bemühungen der Jugendwerkstatt um eine berufliche Integration Jugendlicher. Im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahmen sollen auch zukünftig **Jugendliche an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt** werden. Aber auch bei der Jugendwerkstatt ist darauf zu achten, dass durch ihre subventionierten Tätigkeiten **private Unternehmen nicht vom Markt verdrängt werden**.

Familienförderung

Die Kinderbetreuung in Gießen muss weiter **quantitativ und qualitativ hochwertig** ausgebaut werden. Die ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Familienförderung“ soll ihre Arbeit weiter intensivieren.

Wir erwarten von dieser Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der IHK und den Hochschulen Vorschläge zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Studium sowie Familie und Beruf, aber auch ein besseres familienorientiertes Verfahren bei der Vergabe von Baugrundstücken und der Planung und Ausweisung von Baugebieten. Denn Familienförderung ist in hohem Maße auch Förderung, sich im eigenen Heim niederlassen zu können. Wir setzen uns daher für die **Wohnbauförderung von Familien für die erste selbstgenutzte Immobilie in Höhe der Grunderwerbssteuer** ein. Damit werden Hürden zum Erwerb des Eigenheims gesenkt. Dabei gilt für uns Freie Demokraten, dass überall dort, wo Menschen – unabhängig vom Geschlecht – nachhaltig Verantwortung füreinander übernehmen, Familie ist.

Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen

Beeinträchtigungen und Hilfsbedürftigkeit können jedes Mitglied unserer Gesellschaft treffen und sind weder auf Kinder oder alte Menschen noch auf sonstige Gruppen beschränkt. Diese Menschen müssen sich die Welt anders aneignen, als dies Nichtbeeinträchtigte können. Dieser Tatsache wollen und müssen wir Rechnung tragen, um ihnen den **bestmöglichen Zugang zum gesellschaftlichen Leben** zu ermöglichen. Wir wollen **Berührungsängste abbauen** und Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen **stärker in die Gesellschaft integrieren**. Kindern und Jugendlichen muss möglichst früh die Chance gegeben werden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Ein **ständiger Kontakt zu nichtbeeinträchtigten Kindern** ist dabei sicherzustellen und ihre **völlige Inklusion** in die Gesellschaft als höchstes Ziel anzustreben. Freie Träger und Vereine, die die Teilhabe der Beeinträchtigten am Gemeinschaftsleben ermöglichen, verdienen deshalb unsere besondere Unterstützung. Dabei darf die **Fähigkeit zur Selbstorganisation nicht unterschätzt werden**. Dies zu unterstützen, ist Aufgabe städtischer Politik. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hierbei eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Wir wollen Organisationen unterstützen, die zu einer Eingliederung von Menschen mit Beeinträchtigungen in den regulären Arbeitsmarkt beitragen.

Die Mobilität von Menschen mit Beeinträchtigungen hängt davon ab, ob sie sich in ihrer Umgebung sicher bewegen können. Hierfür ist die Ausstattung mit **barrierefreien Bussen, Ampeln mit akustischen Signalen sowie abgesenkten Bordsteinen an Überwegen kontinuierlich auszubauen**.

Integration

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist jedoch die Kommune. Hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und das menschliche Miteinander eingeübt wird. Die **Ausländerbehörde** muss ihre **gestiegenen Aufgaben schneller und effizienter erledigen können und dazu entsprechend organisiert werden**.

In Gießen leben Menschen aus über hundert Nationen, viele von ihnen schon seit Jahrzehnten. Sie sollen unabhängig von Nationalität, Religion oder Weltanschauung sich hier wohl fühlen können. Dies erfordert sowohl **Toleranz** als auch die Fähigkeit, sich **vorurteilsfrei mit dem jeweils Fremden auseinanderzusetzen**.

Für uns bedeutet Toleranz einerseits Respekt deutscher Bürger gegenüber fremden Sitten, andererseits aber auch Akzeptanz deutscher Gewohnheiten durch Mitbürger mit Migrationshintergrund. Um in diesem Sinne ein verbessertes Zusammenleben zu fördern, haben wir in der Vergangenheit beispielsweise für ganz Hessen die Stabsstelle eines/einer Integrationsbeauftragten geschaffen. Die Freien Demokraten wollen den/die **Integrationsbeauftragte/n und den Ausländerbeirat auch in der nächsten Legislaturperiode bei der wichtigen Aufgabe unterstützen**, zugewanderte und alteingesessene Bürger Giessens einander näherzubringen.

Dabei werden wir uns speziell um diejenigen kümmern, die auf Grund mangelnder Bildung und Qualifikation in Parallelgesellschaften leben. Unsere Aufgabe ist es deshalb, **vor Ort Unterstützungssysteme**, wie die interkulturelle Kindergartenfachberatung auszubauen, die zum frühen Erwerb von Sprachkompetenz, zur individuellen Förderung von Begabungen und nicht zuletzt zu einer gemeinsamen Werteorientierung beitragen. Die Gießener Volkshochschule leistet hier bereits einen wichtigen Beitrag.

Umweltschutz, Klimaschutz und Energie

Umweltschutz ist und bleibt eine wichtige Aufgabe kommunaler Politik. Für uns Freien Demokraten sind der Schutz der Umwelt und die attraktive Gestaltung der Stadt und ihrer Umgebung notwendig, damit das Leben in Gießen auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Der durch SPD und Grüne forcierte Beschluss der Klimaneutralität bis 2035 würde bei konsequenter Umsetzung zu massiven wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen. Zudem muss nun, 9 Jahre vor Ablauf der selbst auferlegten Frist, konstatiert werden, dass SPD und Grüne bereits jetzt an ihrem eigenen Anspruch gescheitert sind. Nichtsdestotrotz bleiben Umwelt- und Klimaschutz wichtige Anliegen der Freien Demokraten, die eine Vielzahl von Maßnahmen **ohne ideologische Scheuklappen** notwendig machen. Insbesondere fordern wir den **Einstieg in die Wasserstofftechnologie im ÖPNV**, einen **Masterplan zur Energieeinsparung** und für eine ausgeglichene Energiebilanz die Beteiligung Gießens auch an **Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes**.

Schonung von Ressourcen

Für den Erhalt unserer Grundwasserreserven ist eine weitere **Absenkung des Frischwasserverbrauchs** notwendig. Um die Nutzung von Brauch- und Regenwasser zu fördern, muss in neuen Baugebieten von Anbeginn an die hierfür **erforderliche Infrastruktur** vorgesehen werden. Über Wassereinsparung durch bauliche Maßnahmen und deren Fördermöglichkeiten soll durch **intensive Beratung** besser informiert werden.

In städtischen Gebäuden müssen alle wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten der **Energieeinsparung** und die **Nutzung alternativer Energien** umgesetzt werden. Wir Freien Demokraten fordern einen **Masterplan Energieeinsparung**, um den Energieverbrauch der Stadt weiter zu reduzieren.

Förderung von Privatinitiativen

Private Initiativen wie Natur- und Vogelschutzgruppen oder Schulgärtengruppen sowie andere Organisationen, die die Ausweisung, den Erhalt und die Pflege von Schutzgebieten und Biotopen zum Ziel haben, brauchen unsere Unterstützung. Dabei ist die **Hilfe für konkrete Projekte einer Förderung nach dem Gießkannenprinzip vorzuziehen**.

Pflege der Grünanlagen

Öffentliche Grünanlagen tragen zur städtischen Lebensqualität bei; sie müssen fachgerecht gepflegt werden. Dazu gehört auch eine **verbesserte Müllentsorgung** in den Parkanlagen, vor allem in der Grillsaison. Durch die Vergabe von **Pflegepatenschaften** etwa für Straßenbäume und die sie umgebenden Kleinanlagen können öffentliche Mittel eingespart und an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden. Notwendig ist die Einrichtung von ausgewiesenen Grillplätzen an der Lahn, im Stadtpark und am Schwanenteich. Wir fordern einen **Aktionsplan „Sauberes und sicheres Gießen“** mit Regeln für Parks und öffentliche Grünanlagen. Dabei sind grundsätzlich Stauden vor Wechselbeeten zu bevorzugen sowie Kräuter- und Blumenwiesen dort anzulegen, wo dies möglich und sinnvoll ist.

Naherholungsgebiete

In den Naherholungsgebieten müssen **Plätze für Sport und Spiel** gepflegt werden. Daneben sind andere Flächen **naturnah zu gestalten**. Beim Übergang vom Park zur freien Landschaft kann stufenweise dem Wildwuchs Raum gegeben werden, ohne spielende Kinder und Spaziergänger zu behindern. Die **Naturschutzgebiete** Hangenstein und Bergwerkswald sind in ihrem Bestand zu **erhalten** und zu **pflegen**.

Abfallwirtschaft

Unsere Gesellschaft leidet noch immer an einem immensen Müllaufkommen. Dieses einzudämmen, ist ebenso Aufgabe der Politik wie die Förderung neuer Verfahren zur Verwertung recyclefähiger Stoffe und die umweltverträgliche Entsorgung des Restmülls. Die **Gewinnung von Wertstoffen aus Abfall ist zu fördern**. Dies trägt dazu bei, wertvolle Rohstoffe einzusparen.

Müllgebühren

Wir Freien Demokraten sprechen uns für die **Beibehaltung der volumenbezogenen Müllgebühren** aus. An das Müllgewicht gekoppelte Gebühren sind wegen der für Müllfahrzeuge und Mülltonnen erforderlichen Investitionskosten zu teuer; außerdem erscheint die Gewichtserfassung selbst nicht besonders praktikabel.

Zukunft des Stadtreinigungs- und Fuhramts

Den aktuellen Plan des Magistrats, das Stadtreinigungs- und Fuhramt in einen Eigenbetrieb zu überführen, sehen wir derzeit kritisch. Dies würde zwangsläufig dazu führen, dass diese wichtige kommunale Kernaufgabe der Kontrolle des Stadtparlaments entzogen und Müllgebühren absehbar erhöht werden würden.

Dachbegrünung

Die Begrünung von Dächern privater Gebäude sowie der Verzicht auf Schottergärten sind **durch Anreize zu fördern**. Außerdem sollen die **Dächer der Buswartehäuschen sukzessive begrünt** werden.

Tierschutz

Artikel 20a des Grundgesetzes verpflichtet die Gesetzgeber in Bund und Ländern und die Verwaltungen bis hin zur kommunalen Ebene bei ihrem Handeln dem Staatsziel Tierschutz zu entsprechen.

Unterstützung des Tierheims

Jeder Kommunalpolitiker kennt die leidigen Diskussionen über die Beträge, die die Kommunen an Tierheime zahlen zur Aufnahme der in ihrem Gebiet aufgefundenen Tiere. Nach wie vor werden Tiere wie Fundsachen behandelt und es gibt in Hessen keine gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Unterbringung von hilfsbedürftigen Tieren. Immer wieder müssen ehrenamtlich tätige Tierschutzvereine die oft hohen Kosten für Behandlung und Unterbringung von Fundtieren vor Gericht einklagen.

Noch schlechter sieht es für aufgefundene kranke, verletzte und hilfsbedürftige Wildtiere aus, da es im gesamten Regierungsbezirk Gießen keine offizielle Wildtierauffangstation gibt. Der ehrenamtliche Tierschutz ist überlastet und überfordert.

In Hessen wird sowohl die Umsetzung als auch die Finanzierung des Tierschutzes alleine den Tierschutzvereinen überlassen, obwohl der Tierschutz eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Die Politik wälzt damit eine staatliche Aufgabe auf das Ehrenamt ab – eine einmalige Situation und ein unhaltbarer Zustand. Dem wollen wir entgegenwirken. Daher setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein, dass die **städtischen Zahlungen an das Gießener Tierheim ohne Verzögerung erfolgen**. Darüber hinaus ist der **Kontakt mit dem Tierheim zu intensivieren**, um eine **genaue Problemanalyse zu ermöglichen und diese in einem nächsten Schritt nachhaltig abzuarbeiten**.

Bekämpfung invasiver Arten

Mit der fortschreitenden Globalisierung der Märkte, der Zunahme des weltweiten Handels und Warenaustausches sowie des Fernreiseverkehrs und in Folge des Klimawandels treten vermehrt Pflanzen- und Tierarten in Gebieten auf, in denen sie zuvor nicht heimisch waren.

Ein Teil dieser gebietsfremden Arten erfordert vom Naturschutz eine besondere Aufmerksamkeit, da sie als invasive Arten heimische Arten in ihrem Bestand gefährden bzw. verdrängen können.

Neben zahlreichen anderen invasiven Arten muss unser Fokus sich auch auf die Verbreitung der „asiatischen Hornisse“ richten, die nach Feststellungen von Imkern als ein gewandter Insektenjäger vor allem Bienenstöcken Schaden zufügt. Ein weiteres Problem ist, dass durch interspezifische Konkurrenz die Bestäubungsleistungen von Insekten beeinträchtigt werden können.

Wir setzen uns für eine intensive Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Austausch mit den unteren Naturschutzbehörden, Tierschützern und Imkern ein. Wir fordern die Einrichtung einer „Tierschutz-Task-Force“, die auch als Meldestelle für Bürgerinnen und Bürgern dienen soll.

Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

Für sog. Freigängerkatzen fordern wir im Sinne des heimischen Artenschutzes z.B. in Bezug auf Singvögel und zur Entlastung des örtlichen Tierheims eine Kastrationspflicht. Zusätzlich regen wir eine Kooperation zwischen dem Tierheim und dem veterinärmedizinischen Fachbereich der JLU an, damit sowohl Studierende praktische Erfahrungen sammeln können als auch die Kastration kostengünstig erfolgen kann.

Bauen & Wohnen

Sozialer Wohnungsbau

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus durch die jeweiligen Magistrate umgesetzt, um die verschärfte Wohnungsknappheit abzumildern. Auf lange Sicht muss die Stadt Gießen aber bei der Schaffung von Wohnraum auch andere Maßnahmen ergreifen, da sozialer Wohnungsbau nicht alle Probleme lösen kann.

Bereitstellen von Wohnraum

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. In den letzten Jahren wurde kaum ein Lebensbereich so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Damit Gießen weiterhin ein attraktiver Wohnort bleibt, muss die Stadt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen ihre Vorstellungen vom Wohnen verwirklichen können. Deshalb treten wir Freien Demokraten Gießen für den **Bau von erschwinglichem Wohnraum** ein. Dabei hat die **Bereitstellung von Grundstücken für den Wohnungsbau Vorrang**. Nachdem die Baugebiete Schlangenzahl, Marburger Straße West und Sandfeld zügig gefüllt wurden, ist die **Ausweisung weiterer Baugebiete** nötig, um dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Dabei ist darauf zu achten, dass neue Wohngebiete komplett, d.h. mit Kindertagesstätten, Spielplätzen und Sportanlagen geplant werden. Beim Bau der erforderlichen Infrastruktureinrichtungen muss das Land die Stadt Gießen über einen verbesserten kommunalen Finanzausgleich fördern.

Die Gießener Freien Demokraten haben den Magistrat bereits dazu aufgefordert, neue Baugebiete auszuweisen. Aus unserer Sicht soll dabei selbstverständlich der **Bedarf an freistehenden Einfamilienhäusern** insbesondere für junge Familien berücksichtigt werden. Wir werden auch künftig darauf achten, dass eine angemessene **Mischung in den Wohngebieten** erfolgt, um Wohnen, Arbeiten und Einkaufen wieder einander näher zu bringen. Die Bildung von Eigentum junger Familien wollen wir dabei durch geeignete Instrumente wie die **Erstattung der Grunderwerbssteuer** beim ersten selbstgenutzten Wohneigentum fördern.

Deregulierung von Bebauungsplänen und Bauanträgen

Die Freien Demokraten treten dafür ein, in Bebauungspläne **nur absolut erforderliche Reglementierungen** aufzunehmen. Weniger detaillierte Vorgaben bedeuten schnelleres Bauen, größere Freiheit für Bauwillige und vielfältigere, optisch ansprechendere Baugebiete. Wir werden auch weiterhin für Deregulierung und für **einfache, lesbare Bebauungspläne** eintreten, die dem Bauherrn die größtmögliche Individualität bei der Gestaltung seines Grundstücks bietet.

Durch Nutzung einer **digitalen Bauakte** soll das **Bauantragsverfahren beschleunigt** werden. Bei unverschuldetem Nichteinreichen von Unterlagen des Bauantrags darf es in Zukunft nicht zu einem Neustart der dreimonatigen Bearbeitungsfrist kommen.

Die Stadt soll sich über die kommunalen Spitzenverbände bei der Hessischen Landesregierung mit Nachdruck für eine **Vereinfachung des Baurechts** einsetzen. Erreicht werden soll einerseits schnelleres Bauen durch die Erleichterung von Typengenehmigungen und seriellem Bauen und andererseits eine ergebnisoffene Überprüfung von kostenintensiven Baustandards im Bereich Energieeinsparung, Brandschutz und Barrierefreiheit.

Darüber hinaus sollen die vorhandenen Bebauungspläne im gesamten Stadtgebiet im Hinblick auf die vorgeschriebenen Geschosshöhen mit dem Ziel überprüft werden, diese zu liberalisieren, zusätzlichen Geschossbau zu ermöglichen und damit weiteren Wohnraum zu schaffen. Hierdurch könnte der Wohnungsmarkt deutlich entlastet werden mit der Folge, dass langfristig die Mietpreise sinken können.

Wohnen und Arbeiten

Gießen braucht eine strategische Flächenentwicklung für Wohnen und Gewerbe.

Eine strenge Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten führt nicht nur zu einer erhöhten Verkehrsbelastung, sondern erschwert auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen. Daher sollen auch **Mischgebiete** geplant und ausgewiesen werden, um **Wohnen und Arbeiten zusammenzubringen**.

Aus unserer Sicht bietet sich dazu das Braumaxx-Gelände rund um den leerstehenden Turm des Gießener Brauhauses am nördlichen Entree Gießens an.

Kommunales Bauen

Die Investitionen in **Schulbaumaßnahmen** müssen dringend auf hohem Niveau weiter vorangetrieben werden.

Die Stadt soll sich über die kommunalen Spitzenverbände beim Land Hessen für ein **unbürokratisches Vergaberecht** einsetzen.

In Zeiten der Baukrise ist besonders darauf zu achten, dass die Rechnungen des Baugewerbes unter Beachtung der notwendigen Rechnungsprüfung innerhalb von 14 Tagen bezahlt werden.

Kontakt

Ein für Sie wichtiges Thema findet sich nicht in unserem Programm? Das heißt nicht, dass wir hierzu keine Position haben. Schreiben Sie uns und stellen Sie Ihre Fragen.

Wir freuen uns auf Sie!

FDP Stadtverband Gießen
Postfach 11 12 01
35357 Gießen

www.fdp-giessen-stadt.de



stadtverband@fdp-giessen.de

Folgen Sie uns auch in den sozialen Netzwerken:



fb.com/fdpingiessen



@fdp_giessen